In: Westphalen, Raban Graf von (Hrsg.): Deutsches Regierungssystem. München/Wien, Oldenbourg 2001, S. 75-98.

§ 3 Bedingungen des Politischen: Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Technik

Hartmut Elsenhans

Grundlagenliteratur:

Adam, Hermann (1992): Wirtschaftspolitik und Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Bonn

Beetham, David (1997): „Market Economy and Democratic Polity". In: Democratization, S. 76ff.

Keane, John (1988): Civil Society and the State. New European Perspectives. London

Lindblom, Charles E. (1980): Jenseits von Markt und Staat. Stuttgart

Meyer, Thomas (1997): Identitäts-Wahn: Die Politisierung des kulturellen Unterschieds. Berlin

Pilz, Frank / *Ortwein,* Heike (1995): Das politische System Deutschlands. München

Smith, Adam (1976): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. Chicago, 2 Bde (Erstausgabe 1776)

Streeck, Wolfgang (1998) (Hg.): Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Frankfurt/M.

Tönnies, Ferdinand (1935): Gemeinschaft und Gesellschaft. Berlin (Erstausgabe 1887)

Weber, Max (1956): Wirtschaft und Gesellschaft. Köln (Erstausgabe 1905)

I. Kooperative Autonomie zwischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft

Politische Systeme umfassen die Institutionen, mit denen über unteilbare und damit öffentliche Güter entschieden wird. Es gibt keine Gesellschaft, in der es keine öffentlichen und unteilbaren Güter gibt. Robinson Crusoe ist eine Fiktion, welche die Unausweichlichkeit des Zoon Politikon bestätigt.
Wirtschaftliche Systeme spiegeln die Abhängigkeit der einzelnen Wirtschaftenden wider, indem sie die Koordination individueller Arbeit und den Tausch arbeitsteilig erstellter Produkte regeln.
Gesellschaft ist ein vielgestaltiger Bereich mit jeweils unterschiedlichen Konfigurationen des Öffentlichen und des Privaten. Privates und Öffentliches können gemeinschaftlichen Zwängen unterworfen sein. Gesellschaft umfasst alle Beziehungen, denen sich die Mitglieder solange nicht entziehen können, wie sie an

Hartmut Elsenhans, Prof. Dr.; Jg. 1941; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte in Tübingen, Berlin, Paris; 1973 Promotion und 1975 Habilitation an der Freien Universität Berlin; Lehrtätigkeit als Professor an der FU Berlin und der Universität Frankfurt, (ao. Prof. 1976) in Marburg; (o. Prof. 1980) in Konstanz; seit 1993 Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Leipzig; Gastprofessuren in New Delhi, Montreal, Salzburg und Dakar

Tausch, Arbeitsteilung und Umverteilung teilnehmen. Die Regeln dieser Beziehungen hängen von Mehrheiten über den „kleinsten gemeinsamen Nenner" ab. Gemeinschaft umfasst alle die Bereiche, die genossenschaftlich für Teilbereiche ohne Zustimmung von Mehrheiten der Gesellschaft geregelt werden und damit nur für Mitglieder solcher Gemeinschaften gelten. Privat sind die vergemeinschafteten Bereiche nur, wenn der Austritt aus Gemeinschaften nicht zu hohen Sanktionen führt. Im Westen betraf ein solcher erster Prozess der Entvergemeinschaftung die Religion mit verschiedenen Toleranzedikten im 16. und 17. Jhd. (Jordan: 1932, S. 19).

Die Abgrenzung zwischen Wirtschaft und Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Politik und Gesellschaft, aber auch des Bereichs des Vergemeinschafteten gegenüber dem Bereich des Vergesellschafteten und die Arten der Verknüpfung für die nicht voneinander abgrenzbaren Teile sind historisch und geographisch unterschiedlich.

Leitmodell der bürgerlichen Gesellschaft, auf die sich das repräsentative Regierungssystem des Westens, ob parlamentarisch oder präsidentiell, (→ i.E. § 2) stützt, ist die kooperative Autonomie von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sowie die Rechtstreue von Gemeinschaften. Jedes Teilsystem ist grundsätzlich in der Lage, sich selbst innerhalb von Rahmenbedingungen zu steuern, die nur teilweise von anderen Teilsystemen gesetzt werden. Weil im Rahmen solcher Regeln Selbststeuerung möglich ist, besteht das Umfeld des politischen Systems, also vorwiegend des Staates, aus einer in der Detailsteuerung autonomen Marktwirtschaft und einer ebenso autonomen Zivilgesellschaft. Weil das politische System diese Autonomien verteidigen muss, wo sie durch Machtkonzentration oder Abhängigkeit von kollektiven Gütern bedroht sind oder sein könnten, ist das Verhältnis der Teilsysteme jederzeit variabel. Ausmaß und Art von Abgrenzung und Kooperation sind Gegenstand des politischen Prozesses, bei dem Organisationen der Zivilgesellschaft, gestützt auf Wirtschaftsinteressen, von denen sie Ressourcen beziehen, auf die verschiedenen Träger des politischen Willensbildungsprozesses, Parteien und Bürokratie, auf von ihnen als zweckmäßig ausgewählten Wegen Einfluss nehmen, gegebenenfalls den Verlust von Legitimität androhen, indem sie an die öffentliche Meinung appellieren. Die beiden Hauptklassen einer bürgerlichen Gesellschaft, Eigentümer von Kapitalgütern, die gestützt auf den Anreiz der Profitrate und unter Androhung des Verlusts ihres Eigentums, den Produktionsprozess einschließlich der Ausrichtung und Höhe der Investitionen organisieren, und Arbeit, die am Produktionsergebnis aufgrund ihrer Produktivität und Knappheit teilnimmt, konzentrieren sich bei der Einflussnahme auf jeweils unterschiedliche Ressourcen.

In allen marktwirtschaftlichen Systemen spielt Geld zur Finanzierung von Trägern von Willensbildungsprozessen eine Rolle, auch wenn zum Zweck der Durchsetzung von Unternehmerinteressen diese finanzielle Unterstützung im Regelfall verheimlicht wird. Arbeitskraft appelliert an die große Zahl, kann aber in der vielgestaltigen gesellschaftlichen Sphäre, in der bei wachsender Befriedigung materieller Bedürfnisse die Profile der Bedürfnisse immer stärker variieren, nicht ihr gesamtes theoretisches Potenzial an Unterstützung durch die große Zahl organisieren, insbesondere weil auch das die Unternehmerinteressen vertretende Lager zur Gewinnung von Unterstützung sozialpolitische Korrekturen des Verteilungsprozesses vorschlagen muss.

Die Spezialisierung von Politik und Wirtschaft, wie sie in der Geschichte am

Jordan, W. K. (1932): The Development of Religious Toleration in England, London, Bd. 1

ausgeprägtesten im Fall des in Deutschland im Verhältnis zu Westeuropa wegen früher Sozialpolitik und früher Industrieförderungspolitik (seit dem Ende der 30er Jahre des 19. Jhd.s) weniger ausgeprägten liberalen „Nachtwächter"-Staates (Gerschenkron: 1962) zu beobachten war, ist von ökonomischen Strukturen abhängig, die Ausgrenzungen von Wirtschaft und Gesellschaft aus der Interventionstätigkeit des Staates weitgehend, vor allem bei Detailfragen und der Feinsteuerung möglich machen. Diese Bedingungen sind historisch. Sie haben nicht zu allen Zeiten bestanden. Sie können durch neue Entwicklungen beseitigt werden. Heute wird behauptet, dass Globalisierung, die Reduktion der Transaktionskosten für transnationale Wirtschaftsbeziehungen, die Grundlagen der Autonomie von Politik gegenüber Wirtschaft beseitigt (Tilly: 1995).

In der Zivilgesellschaft werden Ideen lanciert und diskreditiert, im politischen System Entscheidungen über kollektive Güter getroffen und in der Wirtschaft Güter, Dienstleistungen und technische Innovationen produziert. Die Resultate jedes Teilsystems beeinflussen sich wechselseitig. Zivilgesellschaft kann autonom sein von der Politik, wenn sie ihre Ressourcen von einer Vielzahl gesellschaftlicher Gruppen bezieht, die wiederum ihre Mittel nicht aus Zuweisungen des Staates erhalten und bei der Wahl ihrer Bündnispartner in Wirtschaft und Gesellschaft nicht einseitig abhängig sind. Nicht jede staatsfreie Organisation entspricht den Anforderungen, die an Autonomie von Zivilgesellschaft zu stellen sind (Gellner: 1995, S. 95). In jüngster Zeit hat die autonome Zivilgesellschaft mit der Thematisierung der Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit im politischen System neue Parteien geschaffen. Die gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung und ähnliche Regelungen in anderen Ländern haben über ein Anhörungsrecht der Verbände (→ § 25) die Anreize zur Bildung korporatistisch agierender gemeinsamer Interessenorganisationen gesellschaftlicher Kräfte geschaffen, durch welche die Einflussnahme der Wirtschaft auf die Politik rationalisiert und wahrscheinlich intensiviert wurde. Die Wirtschaft hat über raschen technischen Fortschritt die Grundlagen für die Ausstattung der Haushalte mit materiellen kurz- und langlebigen Gütern geschaffen und dadurch zu einem Wertewandel (Postmaterialismus, Postmoderne) beigetragen (Inglehart: 1971). Aufgrund dieses Wertewandels wird in zunehmendem Maße gefordert, dass die Produktion materieller Güter nicht mehr allein durch die kaufkräftige Nachfrage auf dem Markt gesteuert wird, zum Beispiel weil Umweltprobleme auftreten. Daraus ergibt sich, dass Eigentumsrechte weit eingeschränkt werden dürfen, z. B. bei der Nutzung von Grundstücken allgemein für gewerbliche Zwecke und dazu hin abhängig von besonderen Genehmigungen für besondere Zwecke.

Die Politik hat beim Kampf um eine wie immer zu lokalisierende Mitte in der Gesellschaft durch Anleihen aus der Werbewirtschaft die Argumente in der politischen Auseinandersetzung so vergröbert, dass sich ein Teil der Zivilgesellschaft als Aktivisten eines neuen Politikverständnisses begreifen, bei dem die Gesamtheit des politischen Prozesses in Frage gestellt wird. Politik wird heute in zunehmendem Maß von Geld abhängig, über das vornehmlich die Führer der Wirtschaftsunternehmen und der ihnen nahe stehenden Verbände verfügen. Mit dem Argument, dass nur bestimmte (ihnen genehme) Politiken die Anpassung an neue weltwirtschaftliche Voraussetzungen der Wettbewerbsfähigkeit industrieller Wirtschaften erlaubten, ist es den Unternehmen gelungen, ihrer Sicht der Funktionsweise von Kapitalismus – Vorrang von Profit statt wachsender Massennach-

Gerschenkron, Alexander (1962): Economic Backwardness in Historical Perspective. Cambridge

Tilly, Charles (1995): „Globalization Threatens Labor's Rights". In: International Labor and Working Class History, S. 1ff.

Gellner, Ernest (1995): Bedingungen der Freiheit. Stuttgart

Inglehart, Ronald (1971): „The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies". In: American Political Science Review, S. 991ff.

frage (Hirst/Thompson: 1999; Suntum: 1986) – zur Hegemonie zu verhelfen.
In der Zivilgesellschaft werden gegenteilige Positionen als exotisch an den Rand gedrängt. Dadurch entsteht tatsächlich die Gefahr wachsender Renten. Unternehmen achten darauf, dass sie mehr verdienen als ihre Kosten. Ob sie dabei deshalb erfolgreich sind, weil Konsumenten durch Beschäftigung in der Investitionsgüterproduktion Einkommen erzielen, das sie für Konsumgüter verwenden, ohne dass diese Einkommen wegen ihres Ursprungs Kosten der Konsumgüterproduktion darstellen, oder aber weil die Unternehmer durch Zugangsbarrieren gegenüber neuen Wettbewerbern geschützt sind, ist von untergeordneter Bedeutung. Wird Profit aber über Wettbewerbsbeschränkungen erzielt, handelt es sich tatsächlich um Renten. Profit ist eine besondere Form von Überschuss, die unter Bedingungen vollständiger Konkurrenz erzielt wird. Renten sind eine andere Form von Überschuss, die aufgrund von Marktunvollkommenheiten angeeignet wird. Renten müssen stets politisch abgesichert werden (Krueger: 1974, S. 290ff.; Olson: 1982). Renten werden deshalb zu einem hohen Anteil in die politische Absicherung der ihnen zugrunde liegenden Marktunvollkommenheiten investiert. Wirtschaft nimmt dann auf Politik nachhaltig Einfluss, auch in Details, vor allem im Hinblick auf Begrenzung von Wettbewerb. Die Autonomie der beiden Teilsysteme Politik und Wirtschaft ist dann bedroht.
Die kooperative Autonomie der Teilsysteme kann also durchaus zur Dominanz einzelner Systeme und in diesen Systemen einzelner Richtungen führen. Die Wirtschaft nimmt heute in Fragen der Steuerreform und damit der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums eine hegemoniale Position ein, weil viele Unternehmen die Politik glauben machen konnten, dass sie ohne Kostenentlastung neue Investitionen an für sie günstigeren Standorten im Ausland vornehmen müssten.

II. Die politökonomischen Grundlagen von Autonomie der Teilsysteme

Trotz der hier skizzierten vielfältigen Verflechtungen zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bleibt Autonomie dieser Teilbereiche Voraussetzung für repräsentative Demokratie, die auch bei Machtzuwachs einzelner Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft nicht beseitigt wird, solange sowohl die Macht des Geldes, als auch die Macht der großen Zahl und die Macht neuer Ideen in wie immer unterschiedlicher Gewichtung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik eingesetzt werden können.
Moderne Verfassungsstaaten sind dadurch gekennzeichnet, dass freie Wahlbürger durch Entscheidungen über Mehrheiten in repräsentativen Institutionen (→ §§ 5, 22), welche die Exekutive des Staates, also v. a. die Bürokratie (→ § 12) kontrollieren, wesentliche Rahmenbedingungen für den zivilgesellschaftlichen Wettbewerb um Ideen und Themen, für die Einflussnahme der Eigentümer von Geld auf Zivilgesellschaft und Politik und für die Nutzung von Eigentumsrechten in der Produktion verändern können. Deshalb hat die Sozialgesetzgebung nicht nur die Arbeitsfähigkeit der Menschen zum Zwecke (Pausen, Mindestentlohnung). Sie zielt darauf, die Ideen der Mehrheit der Bürger über eine angemessene wirtschaftliche Absicherung zu verwirklichen. Die große Zahl kann nur dann Einfluss auf Ideen und Politik durch Selbstorganisation nehmen, wenn sie wegen ihrer im

Hirst, Paul / *Thompson*, Grahame (1999): Globalization in Question. Cambridge

Suntum, Ulrich van (1986): „Internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Ein sinnvolles wirtschaftspolitisches Ziel". In: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, S. 495ff.

Krueger, Anne O. (1974): „The Political Economy of the Rent-Seeking Society". In: American Economic Review, S. 291ff.

Olson, Mancur (1982): The Rise and Decline of Nations: New Haven

Kapitalismus eher ausgeprägten Eigentumslosigkeit (insbesondere bei den Produktionsmitteln) über Arbeitskraft verfügt, die kapitalistische Unternehmen auch dann nachfragen, wenn ihnen die politischen und gesellschaftlichen Auffassungen des betreffenden Arbeitnehmers missliebig sind. Unternehmer fragen Arbeitskräfte solange für die Produktion nach, wie der Preis von Arbeitskraft (ihr Lohn) geringer ist als der Erlös für die Güter, die zusätzlich mit einer zusätzlichen Arbeitskraft produziert werden können. Dabei werben sie Arbeitskräfte wechselseitig voneinander solange ab, bis der steigende Lohn die Höhe des Grenzprodukts von Arbeit erreicht.

Diese Bedingung für Autonomie von Zivilgesellschaft gegenüber Macht und Geld ist nicht banal, auch wenn nahezu die gesamte politökonomische Literatur im Westen davon ausgeht, dass jede gesunde Arbeitskraft wenigstens soviel produziert, wie sie zum Überleben braucht, und deshalb im Regelfall alle Arbeitskräfte mehr, nämlich einen Mehrwert produzieren (Elsenhans: 1999). Solange alle Arbeitskräfte einen am Markt auf Käufer stoßenden Mehrwert produzieren, herrscht tendenziell Vollbeschäftigung. Heute herrscht weltweit „strukturelle" Arbeitslosigkeit.

Technisch noch wenig entwickelte Wirtschaften sind durch niedrige Produktivität, insbesondere in der Landwirtschaft, gekennzeichnet (Elsenhans: 1995a). Wäre in der Landwirtschaft die Produktivität hoch genug, dass ein Bauer in der Lage wäre, gleichzeitig eine Vielzahl von nicht landwirtschaftlich tätigen Arbeitskräften mit Nahrungsmitteln zu versorgen, könnte selbst bei industriell wenig erfahrenen Arbeitern allein aufgrund deren dann großer Zahl die Versorgung der landwirtschaftlichen und nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung mit industriellen Produkten erreicht werden. Die Besonderheit der europäischen und damit auch der deutschen Entwicklung gegenüber der heutigen Dritten Welt war, dass der industriellen Revolution eine Agrarrevolution vorherging, bei der die Erträge stiegen (Abel: 1981; Bairoch: 1971). Wenn die Produktivität in der Landwirtschaft niedrig ist, kann es vorkommen, dass die zusätzlichen Erträge unter das Niveau sinken, das eine zusätzliche Arbeitskraft für das eigene Überleben und die Nahrung ihrer Kleinfamilie benötigt (Subsistenzminimum von Durchschnittshaushalten). Weil in der Landwirtschaft die Arbeitsproduktivität von der Qualität und der Menge von Böden abhängt, führt Bevölkerungswachstum zu abnehmenden Grenzerträgen. Auch eine Gesellschaft, deren Grenzprodukt niedriger als die Kosten zusätzlicher Arbeitskräfte ist, kann überleben, wenn wenigstens durchschnittlich jede Arbeitskraft mehr als das Subsistenzminimum von Durchschnittshaushalten produziert und Umverteilung politisch möglich wird.

In einer kapitalistischen Wirtschaft können Arbeitskräfte von kapitalistischen Unternehmern nur dann beschäftigt werden, wenn sie mehr produzieren, als sie verbrauchen. Ein abnehmendes Grenzprodukt von landwirtschaftlicher Arbeit ist im Regelfall mit geringem technischen Stand der Landwirtschaft verbunden, sodass auch der landwirtschaftliche Überschuss gering ist. Dann sind die Anreize gering, in technischen Fortschritt zu investieren, der die kostengünstige Massenerzeugung industrieller Produkte erlauben würde. Es gibt eine Armutsfalle beim Übergang zu kapitalistischer Marktwirtschaft. Wegen dieser Gleichzeitigkeit von Überschuss von Arbeit und Nahrungsmitteln aufgrund hoher Produktivität eines Teils der Arbeitskräfte auf hochproduktiven Böden, kann Arbeit nicht knapp werden. Überschüsse über die für die Mindestversorgung der Masse der Arbeitskräfte benötigten Nahrungsmittel hinaus werden mit politischen Mitteln von den

E.,H. (1999): „Autonomy of Civil Society, Empowerment of Labour, and the Transition to Capitalism". In: Jain, Randhir B. / Khator, Renu (Hg.): Bureaucracy – Citizen Interface: Conflict and Consensus. New Delhi, S. 15ff.

Ders. (1995a): „Überwindung von Marginalität als Gegenstand der Armutsbekämpfung". In: Schäfer, Hans Bernd (Hg.): Bevölkerungsdynamik und Grundbedürfnisse in Entwicklungsländern. Berlin, S. 193ff.

Abel, Wilhelm (1981): Stufen der Ernährung. Göttingen

Bairoch, Paul (1971): Le tiers-monde dans l'impasse. Paris

Eigentümern der Böden angeeignet, die dabei auch kapitalistische Konkurrenz, wo sie entstanden sein sollte, nachhaltig einschränken (Elsenhans: 1995b).
Kapitalistische Marktwirtschaften sind gekennzeichnet durch technische Entwicklung, in deren Folge die allseits gehegte Annahme, dass Arbeit ein Mehrprodukt abwirft, auch eintritt. Dabei ist in frühen Phasen der kapitalistischen Entwicklung das Grenzprodukt in der Landwirtschaft wichtig, weil bei noch niedrigem Versorgungsstand mit materiellen Gütern 50 bis 70 % der Haushaltseinkommen für Nahrungsmittel ausgegeben werden (Khan: 1963). Nahrungsmittel sind gleichzeitig ihre eigenen Vorprodukte. Wenn die Preise von Nahrungsmitteln knappheitsbedingt steigen, steigen auch die Kosten der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, weil sie für die von ihnen selbst benötigten Kalorien mehr bezahlen müssen. Niedrige Produktivität, insbesondere ein niedriges Grenzprodukt, in der Landwirtschaft kann durch hohe Produktivität in anderen Bereichen, z. B. der gewerblichen Produktion, nur sehr bedingt ausgeglichen werden.
Wegen des hohen Anteils der Nahrungsmittel an den Haushaltsausgaben und der Landwirtschaft an der Beschäftigung spielt die Produktivitätsentwicklung der Landwirtschaft für die Herausbildung kapitalistischer Marktwirtschaften eine große Rolle. Dies wird in der modernen Wirtschafts- und Sozialgeschichte durch Betonung der der industriellen Revolution vorhergehenden „Agrarrevolution" (Russell: 2000) und in den Theorien des kleingewerblichen Sektors in der Dritten Welt (danach ist sein Wachstum abhängig von der landwirtschaftlichen Produktivität) betont (Adelman: 1984; Gray/Singer: 1988, S. 403; Hwa: 1988, S. 1337; Dutt: 1991; Storm: 1995). Bei wachsendem Pro-Kopf-Einkommen und einem wachsenden Überschuss der Landwirtschaft würde zwar für den Fall, dass alle Arbeitskräfte in entwickelten Industrieländern in der Landwirtschaft beschäftigt wären, auch hier das Grenzprodukt sehr niedrig sein, doch hat der hohe Überschuss der Landwirtschaft und die internationale Konkurrenzfähigkeit der Industrie zur Folge, dass viele Arbeitskräfte gewinnbringend nichtlandwirtschaftliche Produkte herstellen. Hat sich einmal aufgrund der Einkommensentwicklung eine diversifizierte Produktionsstruktur mit hohen Realeinkommen entwickelt, spielt ein einzelnes Gut nur eine geringe Rolle bei den Ausgaben eines Durchschnittshaushaltes. Unterdurchschnittliche Produktivitätssteigerungen in einzelnen Bereichen werden entweder durch Übergang zu neuen Produkten (Kunststoffe statt Rohstoffe bei Möbeln) oder durch steigende Anteile solcher durch niedrige Produktivitätssteigerungen gekennzeichneten Produkte an den Haushaltsausgaben ausgeglichen.
Tendiert die Wirtschaft zu Vollbeschäftigung, bilden sich relativ homogene soziale Klassen, insbesondere eine in ihren Lebensbedingungen relativ ähnliche Arbeiterschaft. Vergleicht man die Heterogenität der Qualifikation der Arbeitskräfte im 19. Jhd. (Ungelernte gegenüber Schriftsetzern), dann spricht wenig für die Vermutung, dass die Entsolidarisierung von Arbeit, die heute einige Autoren aus der größeren Komplexität der Produktion ableiten (Olson: 1982; Pontusson: 1995), Folge größerer Unterschiede bei der Entlohnung und den Qualifikationsprofilen ist. Bis zum Anstieg der Arbeitslosigkeit in den OECD-Ländern Ende der 70er Jahre sind dort überall die Unterschiede der Entlohnung zurückgegangen (Borjas/Ramey: 1994; Edin/Zetterberg: 1992). Erst seit vermehrter Arbeitslosigkeit steigt die Spreizung der Einkommen in der OECD-Welt, ohne dass zwischen geringerer Einkommensspreizung und Beschäftigungsniveau deutliche Zusammenhänge bisher nachgewiesen worden wären (Bounce/Johnson: 1992; Cut-

E.H. (1995b): „Die Rolle internationaler Entwicklungszusammenarbeit unter veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen". In: Barsch, Dietrich / Karrasch, Heinz (Hg.): Die Dritte Welt im Rahmen weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Neuordnung. Stuttgart, S. 140ff.

Khan, Mohammad Irshad (1963): „A Note on Consumption Patterns in the Rural Areas of East Pakistan". In: Pakistan Development Review, S. 399ff.

Russell, Rex (2000): „Parliamentary Enclosure, Common Rights and Social Change: Evidence from Parts of Lindsey in Lincolnshire". In: Journal of Peasant Studies, S. 54ff.

Adelman, Irma (1984): „Beyond Export-led Growth". In: World Development, S. 937ff.

Gray, Patricia / *Singer,* Hans Wolfgang (1988): „Trade Policy and Growth of Developing Countries: Some New Data". In: World Development, S. 395ff.

Hwa, Erh-Cheng (1988): „The Contribution of Agriculture to Economic Growth: Some Empirical Evidence". In: World Development, S. 1329ff.

Dutt, Amitava Krishna (1991): „Stagnation, Income Distribution and the Agrarian Constraint: A Note". In: Cambridge Journal of Economics, S. 343ff.

Storm, Servaas (1995): „On the Role of Agriculture in India's Longer-Term Development Strategy". In: Cambridge Journal of Economics, S. 761ff.

Olson 1S.78

Pontusson, Jonas (1995): „Explaining the Decline of European Social Democracy. The Role of Structural Economic Change". In: World Politics, S. 495ff.

Borjas, George J. / *Ramey,* Valerie A. (1994): „Rising Wage Inequality in the United States: Causes and Consequences". In: American Economic Review, S. 10ff.

Edin, Per-Anders / *Zetterberg,* Johnny (1992): „Interindustry Wage Differentials: Evidence from Sweden and Comparison with the United States". In: American Economic Review, S. 1341ff.

ler/Katz: 1992; Wood: 1998).
Unternehmen, die aufgrund technischer Erfolge alte Produkte billiger oder neue Produkte produzieren können, stoßen auf eine wachsende Nachfrage. Sie ordern neue Investitionsgüter und stellen neue Arbeitskräfte ein. Branchen, in denen keine Innovationen stattgefunden haben, können bei zunehmender Knappheit von Arbeit die eigenen Arbeitskräfte nur halten, wenn sie bei den Löhnen mitziehen. Je nach Preiselastizität der Nachfrage für ihre Produkte sinken in nichtinnovativen Branchen bei steigenden Preisen Produktion und Beschäftigung, während in den innovativen Branchen bei sinkenden Preisen Beschäftigung und Produktion steigen. Durch die Veränderung der Mengen- und Preisrelationen können in allen Branchen unabhängig von der technischen Entwicklung für gleich mühselige Arbeit mit ähnlicher Vorbildung gleiche Preise, nämlich gleiche Löhne bezahlt werden. In der Folge entsteht Arbeit als homogene Klasse, unabhängig von der Heterogenität ihrer Qualifikationen und ihrer Lebensstile.
Streitpunkt zwischen Arbeit und Kapital sind die Entlohnung pro Arbeitszeit, die Dauer des Arbeitstags sowie die technische und soziale Sicherheit des Arbeitsplatzes. Weil es sich bei diesen Fragen um Probleme handelt, die im Rahmen allgemeiner Regeln für unterschiedliche Situationen vor Ort ausgehandelt werden müssen, geht es bei den Arbeit und Kapital als Klassen, nämlich als Sozialpartner erfassenden Regelungen nicht um Lasswells (:1936) „who gets what when and how“, sondern um die Ausgestaltung der Eigentumsrechte.
Im frühparlamentarischen vorkapitalistischen System streiten sich Krone und Parlament um „Steuereinnahmen“. Die Entscheidungsprozesse sind weitgehend durch Gewährung von Renten aus Monopolen, Patenten und ähnlichen marktverzerrenden Instrumenten bestimmt. Mit der Konstitution von Arbeit und Kapital als gesellschaftlichen Großgruppierungen, die durch eine Vielzahl kleinlicher sozialer Interessenunterschiede gekennzeichnet sein mögen, lassen sich verhandlungsfähige Konzepte auf beiden Seiten nur auf dem Gebiet allgemeiner Regeln und Einschränkungen der Nutzungsrechte für Eigentumsrechte an Produktionsmitteln und Arbeitskraft entwickeln. Kapital muss schrittweise Mitwirkungsrechte (technische Normen, Produktgarantien, Vertretungsrechte im Betrieb) akzeptieren, trotz des Eigentums an Produktionsmitteln; Arbeit muss sich an der Durchsetzung der Arbeitsdisziplin aktiv beteiligen.
Beim Kampf gegen vorkapitalistische Monopole (Luxusproduktion, Fernhandel) brauchen die verschiedenen Segmente der Privilegierten zwar Anhörungsmöglichkeiten, z.B. die unterschiedlichen Formen der Audienzen selbst in der orientalischen Despotie oder die ständischen Vertretungen in Europa, doch handelte es sich lange Zeit um Gremien zum Aushandeln wechselseitiger geldwerter Vorteile, bei denen Politik die Verteilung wirtschaftlicher Vorteile direkt bestimmte. Sofern auf diesem Weg zum Teil auf der Grundlage sehr unterschiedlicher Mechanismen der Steigerung der Nachfrage (Export, Militär, Luxus, Massenkonsum) die Diversifizierung der gewerblichen Position vorangetrieben wurde, nahmen die Konflikte zwischen Unternehmen unterschiedlicher Größe, Lokalisierung und Branchen über die konkreten Auswirkungen der in vorkapitalistischen Gesellschaften stets anzutreffenden Politik der Gewerbeförderung zu. Neue und kleine, oft innovative Industrien fühlten sich durch staatliche Stützung von großen und etablierten Unternehmen benachteiligt (so in Deutschland der Kampf der verarbeitenden Industrie gegen die stärker protektionistische Schwerindustrie vor 1914, Kaelble: 1967; Mielke: 1976). Sie verfügten nicht über die Machtmittel der

Bounce, John / *Johnson*, George (1992): „Changes in the Structure of Wages in the 1980s: An Evaluation of Alternative Explanations“. In: American Economic Review, S. 3ff.

Cutler, David M. / *Katz*, Lawrence F. (1992): „Untouched by the Rising Tide Why the 1980s Economic Expansion Left the Poor Behind“. In: Brookings Review, S. 41ff.

Wood, Adam (1998): „Globalization and the Rise in Labour Market Inequalities“. In: Economic Journal, S. 1463ff.

Lasswell, Harold Dwight (1936): Politics: Who Gets What, When, How. New York

Kaelble, Hartmut (1967): Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft. Berlin

Mielke, Siegfried (1976): Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909–1914. Göttingen

Großunternehmen, um eine Veränderung der staatlichen Förderung, letztlich eine Entflechtung zwischen Staat und monopolistischer Wirtschaft zu erreichen. Sie mussten an die Ressource Arbeitskraft, die große Zahl appellieren und konstituierten sich als „Commons" oder „Dritter Stand" (→ s.a. § 1, III.). Im England des 17. Jhd.s (Thomas: 1963, S. 59; Rowlands: 1975, S. 10; Toynbee: 1969; S. 85; Lipson: 1931, S. 34) entwickelte sich ähnlich wie heute in Südkorea ein Kampf der Klein- und Mittelindustrie gegen die Monopole, in denen das Wahlrecht und damit (oft unintendiert) die Verbreiterung des Wahlrechts zu einem taktischen, manchmal ungeliebten Mittel der Durchsetzung des Rückzugs des Staats aus Wettbewerbsverzerrungen wird (Kim: 1999; Rhee: 1994; Lee: 1997).
Die allgemeine rechtliche Gleichheit, insbesondere die Gleichheit vor dem Gesetz und die Gesetzesbindung der Verwaltung sind die Kernforderungen in diesem Kampf. Dieser Prozess kann als bürgerliche Revolution gelten. Das politische System wird auf das Management öffentlicher Güter beschränkt und wird wegen der wirtschaftlichen Auswirkungen der Erstellung kollektiver, unteilbarer Güter einer Kontrolle, zunächst der Kontrolle des Steuer zahlenden Publikums unterstellt. Deshalb ist die soziale Herkunft der Revolutionäre belanglos, auch wenn eine große Zahl von Historikern sich dieser Frage widmet. Bürgerlich ist die Revolution nicht, weil die neuen Kräfte bisher bürgerliche Berufe ausgeübt hätten, sondern weil sie mit der Durchsetzung von Rechtsgleichheit den anonymen Markt zur einzigen Instanz der Verteilung knapper Ressourcen machen und dazu Privilegien abschaffen.
Ob Arbeit durch Lohn Zugang zu Konsumgütern erhält, hängt in einer Geldwirtschaft, in der Buchgeld zum Wertaufbewahrungsmittel wird, von der konjunkturellen Entwicklung ab. Schon im Kampf des Dritten Stands um den konstitutionellen Staat kommt es zur Ausgestaltung des Gedankens, dass Arbeit eine besondere Ware ist, deren Wert nur dann Einkommen verschafft, wenn die konjunkturelle Entwicklung zu Vollbeschäftigung tendiert. Die Auseinandersetzung um die Methoden zur Gewinnung von Vollbeschäftigung sind ein wesentlicher Konfliktpunkt des für eine kapitalistische Gesellschaft kennzeichnenden Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital.
Nicht überall führt Wirtschaftswachstum und die damit einhergehende wirtschaftliche Diversifizierung zu einem (bürgerliche Revolution begründenden) Bündnis zwischen nichtmonopolistischer Industrie und Arbeit. Bis vor wenigen Jahrzehnten wurde die Wiederholbarkeit des westeuropäischen Musters mit Hinweis auf Japan und Deutschland (Frontstellung aller besitzenden Klassen gegen Arbeit und dabei nachhaltige Einschränkung der Rechte repräsentativer politischer Institutionen) als ausgeschlossen angesehen, weil vom nichtmonopolistischen Bürgertum aus Revolutionsangst abgelehnt. Der Niedergang der Staatsklassen des bürokratischen Entwicklungsstaates in der Dritten Welt wird jedoch von ähnlichen, allerdings vor allem im Bereich der sehr viel heterogeneren Unterschichten abweichenden Bündnissen erzwungen (Elsenhans: 1994a).

III. Profit als Grundlage der Autonomie von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft

Kapitalistische Wirtschaft, getragen von den beiden Komponenten des Dritten Standes, einem wettbewerbsorientierten Bürgertum und einer letztlich an steigen-

Thomas, P.J. (1963): Mercantilism and East India Trade. London

Rowlands, Marie B. (1975): Masters and Men in the West Midland Metalware Trades Before the Industrial Revolution. Manchester

Toynbee, Arnold J. (1969): Toynbee's Industrial Revolution. Newton Abbot

Lipson, Ephraim (1931): The Economic History of England. London, Bd. 2

Kim, Hong Joo (1999): „Kanalisierung von Renten und Transitionsproblematik – am Beispiel der Republik Korea". In: Zinecker, Heidrun (Hg.): Unvollendete Demokratisierung in Nichtmarktökonomien. Amsterdam, S. 57ff.

Rhee, Jong-Chan (1994): The State and the Industry in South Korea. London

Lee, Chung-Hee (1997): „Campaign Strategy of Interest Groups in Korea: The Case of the 14th Presidential Election". In: Choi, Sang-Yong (Hg.): Democracy in Korea: Seoul, S. 329ff.

E.,H. (1994a): „Wirtschaftsliberalismus ohne bürgerliche Revolution: Wer stützt die liberale Weltwirtschaft im Süden". In: Hein, Wolfgang (Hg.): Umbruch in der Weltgesellschaft. Hamburg, S. 101ff.

den Reallöhnen orientierten Arbeiterschaft, ist nicht kulturabhängig. Sie tritt dann auf, wenn Investitionen in die Produktivität der Arbeit die einzige Chance darstellen, sich mit Eigentumsrechten an Produktionsmitteln oder anderen dinglichen Reichtümern zukünftige Eigentumsströme zu sichern. Zu Recht geht die Wirtschaftswissenschaft von einem kulturabhängigen gleichartigen Verhalten von kapitalistischen Unternehmen aus und unterscheidet nur Verhaltensdifferenzen im Detail, z. B. Managementpraktiken (Wegner: 1998). Alle übrigen Eigentümer werden bei einer Reduzierung des Überschusses durch innovative Konkurrenten vom Markt verdrängt. Entscheidend ist also ein wirtschaftlicher Entwicklungsstand, bei dem Arbeitskraft aufgrund des hohen Grenzprodukts von Arbeit knapp wird und die mit dieser Knappheit verbundene gewachsene Verhandlungsmacht von Arbeitskraft nicht durch eine geschlossene Frontstellung der (Minderheit der) Besitzenden aufgehoben wird.

Kulturabhängig sind allerdings die Formen, mit denen Arbeit dieser eigenen Knappheit politisches Gewicht verleiht (Keil: 1986; Laslett: 1970). Trotz Globalisierung ist deshalb selbst im europäischen Rahmen die Kooperation zwischen verschiedenen nationalen Arbeiterbewegungen auch beim europäischen Einigungsprozess schwierig (Elsenhans: 1995c, S. 143ff.). Wenn Arbeitskraft knapp wird, steigen die Möglichkeiten, unter den Bedingungen vollständigen Wettbewerbs Profite zu machen. Profite können so zur Basis der Loyalität der Besitzenden gegenüber der repräsentativen Demokratie werden, so wie Vollbeschäftigung die Grundlage der Loyalität des doppelt freien Proletariers gegenüber der marktwirtschaftlichen Ordnung ist.

Profite sind eine besondere Kategorie wirtschaftlichen Überschusses. Wirtschaftlicher Überschuss als Mehrprodukt, das sich Reiche aneignen können, gibt es in allen vorkapitalistischen Strukturen als Rente und Steuer (Sofri: 1972; Wittfogel: 1962; Junge: 1980). Die Steuereinnahmen der Mogulenkaiser (Chandra: 1959; Moosvi: 1980) oder der chinesischen Kaiser (Chao: 1986, S. 5ff.) waren im Vergleich zu Europa sehr hoch. Die chinesische Theorie des dynastischen Zyklus (Usher: 1989) und der arabische bedeutende Soziologe Ibn Khaldûn (1332–1406) (:1967, S. 567ff.) im arabischen Raum führten die politische zyklische Entwicklung vorkapitalistischer Reiche auf weitgehend unabänderliche Muster der Erhöhung des Steuerdrucks bei politischer Stabilität zurück. Solches Mehrprodukt wird mit politisch repressiven Instrumenten angeeignet, kapitalistischer Profit bedarf solcher Zwangsinstrumente nicht.

Kapitalistischer Profit ist Folge der Partizipation von Arbeit am durch Verbesserung von Technologie gestiegenen Produktionsergebnis und setzt damit Wachstum und „Empowerment“ oder „Entitlement“ (Sen: 1981) von Arbeit und Orientierung der Masse der Bevölkerung an steigendem Konsum von technisch anspruchsvollen Gütern und Dienstleistungen voraus.

Wegen der Unterschiede der Ressourcen und der Zielsetzungen ist es weiterhin sinnvoll von einer Organisation bürgerlicher Gesellschaften durch den Gegensatz von Kapital und Arbeit auszugehen. Die Interessen der beiden Hauptklassen Kapital und Arbeit werden objektiv durch die Stellung im Produktionsprozess bestimmt und subjektiv durch den Zwang wahrgenommen, die eigene Einkommensposition im Verteilungskonflikt durch Koordination des Verhaltens all derer zu sichern, die gleiche unmittelbare Interessen haben. Ein Unternehmer, der aus philantropischen Gründen einseitig ohne Mitziehen seiner Wettbewerber die Reallöhne seiner Arbeiter heraufsetzt, muss über eine Monopolsituation auf dem

Wegner, Roland (1998): Ideologie im Management. Frankfurt/M.

Keil, Hartmut (1986): „The Impact of Haymarket on German-American Radicalism“. In: International Labor and Working Class History, S. 16ff.

Laslett, John H.M. (1970): Labor and the Left. New York

E.,H. (1995c): „The Internal Structure of the European Unification Process and its Projection to the Outer World with Special Reference to the Third World“. In: Shen, Cen-Chu / Song, Yann-Huei (Hg.): EC-Integration and EC-ROC Relations. Taipei, S. 135ff.

Sofri, Gianni (1972): Über asiatische Produktionsweise. Frankfurt/M.

Wittfogel, Karl August (1962): Die orientalische Despotie. Köln

Junge, Peter (1980): Asiatische Produktionsweise und Staatsentstehung. Bremen

Chandra, Satish (1959): Parties and Politics at the Mughal Court. New Delhi

Moosvi, Shireen (1980): „Share of the Nobility in the Revenues of Akbar's Empire 1595–96“. In: Indian Economic and Social History Review, S. 329ff.

Chao, Kang (1986): Man and Land in Chinese History. Stanford

Usher, Dan (1989): „The Dynastic Cycle and the Stationary State“. In: American Economic Review, S. 1031ff.

Ibn Khaldûn, Abd-al-Rahman (1967): Discours sur l'Histoire universelle. Paris

Sen, Amartya Kumar (1981): Poverty and Famines. Oxford

Markt verfügen, die im Übrigen durch eine solche einseitige Lohnpolitik unterlaufen wird. Arbeiter, die in einem einzigen Unternehmen erfolgreich die Reallöhne steigern, gefährden ihre Arbeitsplätze, weil andere Unternehmen mit kostengünstigeren Arbeitskräften sie am Markt unterbieten können.
Die Unternehmer sind durch den Wettbewerb gezwungen, ihre Kosten im Verhältnis zu ihren Erlösen zu minimieren. Langfristige Zielsetzungen, die sich betriebswirtschaftlich nicht rechnen, dürfen sie nicht berücksichtigen. Sofern sie als wünschenswert erkannt werden, werden sie zu Rahmendaten für die Unternehmen durch in der Regel staatliche Auflagen, z. B. Umweltschutzbestimmungen. Arbeit erhält Löhne und ist an deren Steigerung im Verhältnis zur zu verkürzenden Arbeitszeit interessiert.
Arbeit und Kapital haben langfristig durchaus übereinstimmende Interessen, z. B. an Wirtschaftswachstum. Die Behauptung, dass Kapitalismus durch den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital organisiert sei, impliziert deshalb nicht, dass hier miteinander unversöhnbare Interessen gegenüber stünden. Impliziert wird vielmehr, dass eine funktionelle Teilung der Gesellschaft so stattfindet, dass die Besitzer der Produktionsmittel mit klaren Vorgaben, nämlich Profitmaximierung, sich an den Wünschen der Konsumenten ausrichten, welche die Produktion im Wesentlichen über ihre Nachfrage nach Konsumgütern steuern.
Wegen des Interesses an Wachstum sind Unternehmer auch an der Steigerung der Verbrauchsgüternachfrage interessiert, können aber dieses Interesse nicht selbst artikulieren, indem sie z. B. einseitig die Löhne in ihrem Unternehmen steigerten. Arbeit ist an Kapitalakkumulation interessiert, weil dadurch Beschäftigung und Produktivität wachsen, kann aber im Regelfall an der Steuerung dieser Kapitalakkumulation mit dem Instrument der innerbetrieblichen Mitbestimmung wenig teilhaben, weil dadurch nur partikulare und korporatistische Interessen von Teilgruppen der Arbeiter befriedigt würden. Die wirtschaftliche Überlegenheit kapitalistischer Wirtschaften gegenüber anderen Wirtschaftsformen resultiert gerade auch daraus, dass aufgrund dieser funktionellen Spezialisierung in zwei Hauptklassen jede der beiden Hauptklassen allein durch die eher rücksichtslose Verfolgung der eigenen Zielsetzungen und der damit verbundenen Verhaltensregeln für die Stärkung der Verhandlungsfähigkeit der anderen Klasse sorgt. Gerade deshalb bedürfen die beiden Hauptklassen einer kapitalistischen Gesellschaft nicht eines übermächtigen Staates, um ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Position zu verteidigen.
Damit die Gruppe der Unternehmer der Konsumgüterproduktion unter den üblichen vereinfachenden Annahmen (alle Arbeitskräfte verwenden ihre Einkommen nur für Konsum, alle Unternehmen sparen; soweit Unternehmer konsumieren, verwenden sie dazu einen analytisch vom Profit abzutrennenden Arbeitslohn für Managementleistungen) muss es Arbeiter geben, die ihre Löhne nicht bei der Produktion von Konsumgütern und der in deren Preis eingehenden Vorprodukte erhalten haben. Nur dann kann die Gesamtsumme der Erlöse für Konsumgüter die Gesamtsumme ihrer Kosten übersteigen. Wie viel von dieser Differenz zwischen Erlösen und Kosten als Einkommen (Profit) auf ein je einzelnes Unternehmen entfällt, hängt von dessen Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Unternehmen ab. Wie viel insgesamt auf die Unternehmen als Profit entfällt, hängt letztlich von den Ausgaben der Unternehmen für Investitionsgüter ab.
Weil der Staat nicht ohne (von den Unternehmen und den Arbeitskräften zu bezahlende) Steuern Arbeitseinkommen bezahlen kann und die Gesamtheit des

Auslands im Saldo nicht ohne zusätzliche Schulden mehr Waren importieren als exportieren kann, können Staat und Außenwirtschaft nicht dauerhaft mehr Einkommen an Arbeitskräfte bzw. mehr Nachfrage artikulieren, als sie dem Unternehmenssektor entweder über Steuern und Importe entziehen. Nur der Investitionsgütersektor kann zusätzliche Löhne zahlen, ohne dem Konsumgütersektor Ressourcen zu entziehen. Er liefert dem Konsumgütersektor im Tausch gegen seine Erlöse poduktivitätssteigernde Güter. Wenn die Unternehmer des Konsumgütersektors Investitionsgüter ordern, entsteht ein Überschuss an Kaufkraft für Konsumgüter durch zusätzliche Löhne in der Investitionsgüterproduktion. Die zusätzliche Nachfrage der Arbeitskräfte in der Investitionsgüterproduktion nach Konsumgütern sorgt für Profit und damit für eine positive Profitrate als Verhältnis zwischen Profit und investiertem Kapital in der Konsumgüterproduktion. Da niemand finanzielle Mittel in der Investitionsgüterproduktion einsetzen würde, wenn nur in der Konsumgüterproduktion positive Profitraten erzielt würden, steigen bei Nachfrage der Konsumgüterproduzenten nach Investitionsgütern die Preise für die Investitionsgüter auf ein Niveau, bei dem auch hier Profit erzielt wird (Kalecki: 1971, S. 2ff.; Kregel: 1971, S. 145ff.).

Profit ist also in der Marktwirtschaft Folge der Ausgaben für Nettoinvestitionen. Nur solche Investitionen sind rentabel, welche die Stückkosten reduzieren (Bortkiewicz: 1907, S. 455ff.; Okishio: 1961, S. 85ff.). Bei konstanten Reallöhnen müssen deshalb die Profite steigen. Kurzfristig können die Unternehmer durch Investitionsschübe zum Ausgleich zwischen rascher wachsender Produktionskapazität und Nachfrage beitragen. Langfristig würde dies erfordern, dass bei konstanten Reallöhnen der Anteil der Investitionen an den volkswirtschaftlichen Gesamtausgaben zunimmt. Eine dauerhafte drastische Anhebung der Investitionsquote am Volkseinkommen kann zwar die Wachstumsrate anheben, stößt aber auf das Problem begrenzten technischen Fortschritts, der zur Senkung der Kapitalproduktivität führt, sodass gerade wegen hoher Investitionsquoten die Wachstumsraten fallen können. Überakkumulation mit Profitratenfall und Unterkonsumtion sind nur unterschiedliche Formen einer durch Schwäche von Arbeit ausgelösten Funktionsstörung (Elsenhans: 2000a, S. 6ff.). Tritt ein solcher Fall ein, kommt es in einer keynesianischen Welt zu Arbeitslosigkeit, weil die Unternehmer ihre sonst für Investitionen nutzbaren Finanzmittel liquide halten, bis die Profitraten wieder steigen, und in einer Welt des Jean Baptiste Say (1767–1832) (:1972, S. 140), die im Rahmen des Aufstiegs des Monetarismus (Friedman: 1971, S. 112ff.; Leijonhufvud: 1973, S. 95ff.; Lindbeck: 1998) wieder modern wird, zum Verzicht auf neue Technologien mit der Folge der Investition aller Finanzmittel in alte arbeitsintensive Technologien, sodass hier die Beschäftigung und damit auch die Löhne steigen müssen, also Verteilungskorrektur gegen Kapital eintreten muss. Die Höhe der Investitionen ist die Achillesferse einer kapitalistischen Wirtschaft. Sie hängt von den Erwartungen der Unternehmer ab, in die eine Vielzahl von Faktoren eingehen, einschließlich ihrer Wahrnehmung der politischen Verhältnisse.

Stabilität ergibt sich aus folgendem Mechanismus: Unternehmer tätigen Investitionen, wenn sie mit wachsenden Absatzmöglichkeiten rechnen. Sie können bei ausreichender Nachhaltigkeit des Investitionsschubs einen Konjunkturaufschwung auslösen, wobei auch die Nachfrage nach Konsumgütern steigt. Dies kann zu Vollbeschäftigung führen. Wird Arbeit knapp, steigen die Reallöhne entsprechend der These der Abhängigkeit der Löhne vom Grenzprodukt der Ar-

Kalecki, Michal (1971): Selected Essays on the Dynamics of the Capitalist Economy 1933–1970. Cambridge

Kregel, J. A. (1971): Rate of Profit, Distribution and Growth. London

Bortkiewicz, Ladislaus von (1907): „Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System, 3. Teil". In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, S. 445ff.

Okishio, Nobuo (1961): „Technical Changes and the Rate of Profit". In: Kobe University Economic Review, S. 85ff.

E.,H. (2000a): „Globalisation in a Labourist Keynesian Approach". In: Journal of Social Studies, S. 1ff.

Say, Jean-Baptiste (1972): Traité d'économie politique. Paris (Erstausgabe 1803)

Friedman, Milton (1971): Kapitalismus und Freiheit. Stuttgart

Leijonhufvud, Axel (1973): Über Keynes und den Keynesianismus. Köln

Lindbeck, Assar (1998): „New Keynesianism and Aggregate Economic Activity". In: Economic Journal, S. 167ff.

beit. Diese Anpassung kann sich allerdings nur bei tendenzieller Vollbeschäftigung durchsetzen. Durch höhere Reallöhne steigen wiederum die Absatzmöglichkeiten, Anreize für Neuinvestitionen entstehen. Ausgaben für Investitionsgüter schaffen die Grundlage von Profit. Durch Investitionen trägt Kapital zur Knappheit von Arbeit bei, wodurch wiederum die Reallöhne steigen.
Arbeit kann nicht mehr konsumieren, als der Produktionsapparat an Kosumgütern bereitstellen kann. Jeder weitere Anstieg der Konsumtion hängt von der Erweiterung der Produktionskapazitäten für Konsumgüter ab. Dazu sind neue Investitionsgüter notwendig, die produziert werden müssen. Die Ausgaben für diese Investitionsgüter stellen die Grundlage für zusätzlichen Profit dar. Indem sich die Unternehmer zur Mehrung ihres Reichtums durch bessere Maschinen vor Konkurrenz sichern wollen, zahlen sie Löhne an zusätzliche Arbeiter und schaffen Knappheit von Arbeit. Trotz Knappheit von Arbeit kann das als Profit den Unternehmern zukommende Einkommen nicht von Arbeit für Konsum weggestreikt werden, weil Arbeit nicht Investitionsgüter konsumieren kann. Auch wenn Unternehmen die wegen Knappheit produktivitätsorientiert steigenden Löhne als Kostenbelastung verstehen, können auch sie nicht durch Investitionsstreiks verhindern, dass neue Unternehmen die jetzt zusätzlich entstehenden Absatzmöglichkeiten nutzen.
Die Prozesse zur Balancierung des Einflusses von Arbeit und Kapital vollziehen sich weitgehend „hinter dem Rücken" der beiden beteiligten Klassen. Sie brauchen kein Bewusstsein der langfristig wechselseitigen Abhängigkeit von steigenden Reallöhnen und steigenden Profiten. Es stört nicht, dass beide Klassen das Gegenteil glauben, nämlich dass hohe Löhne die Profite verminderten und hohe Profite die Ursache niedriger Löhne seien. Es reicht, dass sie sich an einige wichtige Regeln halten. Dies hat auch zur Folge, dass wirtschaftswissenschaftlicher Sachverstand in kapitalistischen Wirtschaften weniger zur Anleitung von Politik als zur Rechtfertigung von Politik eingesetzt wird. So kann heute ein vorwiegend auf Massennachfrage beruhender Akkumulationsprozess in den Vereinigten Staaten weltweit dennoch für die Medien gefahrlos als Ausdruck einer schwachen Stellung von Arbeitskraft verkauft werden, wie dies heute der Fall ist. Die amerikanische Konjunktur läuft aber deshalb so gut, weil die privaten Haushalte bereit waren, sich hoch zu verschulden (Fink: 2000).
Die auf einer Machtbalance zwischen Arbeit und Kapital beruhende Selbststeuerung von Marktwirtschaft erlaubt die Beschränkung von Politik und Gesellschaft. Politik, Gesellschaft und Wirtschaft müssen nicht mehr durch permanente Intervention von Politik zusammengehalten werden. Gesellschaft muss nicht mehr politische Interventionen im Detail absegnen. Politik bedeutet auch nicht mehr täglicher Kampf um die Sicherung der Überlebenschancen von Gesellschaft. Man braucht keine Religion, um nicht mehr als notwendig empfundene tägliche soziale Kontrolle zu legitimieren. Man braucht keine Politik, um Details des Alltagslebens zu reglementieren. Die beiden Klassen einer kapitalistischen Gesellschaft brauchen Regelungen des Tausches und damit der Eigentumsrechte. Dabei führen sie einen dauernden Kampf um die Eigentumsrechte an der Arbeitskraft. Der Kampf um den 10-Stunden-Tag im 19. Jhd. oder um die Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse heute können als Beispiele genannt werden. Hier treten die beiden sozialen Klassen als Kollektive auf. In vielen anderen Bereichen, z. B. Einstellungen zu Ausländerbeschäftigung, zum Kleidungsstil oder zu unterschiedlichen Bildungserlebnissen, gibt es Affinitäten zwischen Klassenzu-

Fink, Philipp (2000): „Hintergründe und Auswirkungen des amerikanischen Beschäftigungserfolgs". In: Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, i. E.

gehörigkeit und politischen und gesellschaftlichen Einstellungen, aber nicht notwendig enge Verknüpfungen.
Wegen der Reduzierung des politischen Kampfs um die Ausgestaltung der Eigentumsrechte und die Erstellung eines begrenzten Volumens kollektiver Güter können die sozialen Gruppen „entgemeinschaftet“ werden. Zwar bleiben auch in kapitalistischen bürgerlichen Systemen Gemeinschaften, also Zusammenschlüsse, in denen die Mitglieder ganzheitlich eingebunden sind. Individuen ist es nicht verwehrt, sogar sehr eng zusammenhaltende und alle Lebensbereiche umfassende Gemeinschaften zu gründen. Auch in Zusammenschlüssen, in die man nicht hineingeboren ist, kann man „mit allem Wohl und Wehe ... gebunden sein“ (Tönnies: 1935, S. 3). Es gibt aber genauso Individuen, die sich solcher enger Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft entziehen können, ohne Sanktionen erleiden zu müssen. Durch die wirtschaftliche Position von Arbeit im Kapitalismus wird das autonome Individuum der bürgerlichen Gesellschaft ökonomisch möglich und kann als Verhaltensprojekt vom aufgeklärten Menschen praktiziert werden. Sofern jede Arbeitskraft bei tendenzieller Vollbeschäftigung ein Mehrprodukt produziert, wird sie vom Profite anstrebenden Kapital benötigt, um die Mehrwertmasse zu steigern. Solche Arbeitskraft bedarf deshalb keiner Gemeinschaft zur Sicherung ihres Überlebens. Gemeinschaft kann durch Knappheit von Arbeitskraft ersetzt werden. Tönnies' (1855–1936) Unterscheidung von so definierter Gemeinschaft im Gegensatz zu Gesellschaft „als einem Kreis von Menschen, welche, wie in Gemeinschaft, auf friedliche Art nebeneinander leben und wohnen, aber nicht wesentlich verbunden, sondern wesentlich getrennt sind ... (ohne) dass es (k)ein gemeinsam Gutes in Wirklichkeit gäbe“ (Tönnies: 1935, S. 40), wird in der kapitalistischen Marktwirtschaft aufgrund des hohen Grenzprodukts von Arbeit möglich. Deutlich wird die revolutionäre Neuerung der Begrenzung von Gemeinschaft darin, dass wir den Begriff Gesellschaft einmal für die Verknüpfung von Gemeinschaften in vorkapitalistischen Strukturen, das andere Mal für die im Sinne von Tönnies reduzierte Kollektivierung der Menschen zu Gesellschaft verwenden.

Tönnies 1.S.75

Marktwirtschaft erlaubt begrenzte Politik. Das politische System muss die Wettbewerbsordnung, Vertragssicherheit und soziale Sicherheit herstellen. Ohne Wettbewerb würden sich Unternehmer zur Herstellung von Wettbewerbsgleichheit mit anderen Unternehmen, die bei Hofe bevorzugt werden, politisch streiten müssen und sich dabei selbst politisieren, selbst wenn sie an freier Konkurrenz festhalten wollten. Verträge zur Sicherung der Verlässlichkeit von Abmachungen sind Voraussetzung zum Verzicht auf eigene Gewaltmittel zur Durchsetzung von Verträgen. Soziale Sicherheit beseitigt Marginalität und schafft damit Verhandlungsmacht von Arbeit. Auch diese Voraussetzung von Kapitalismus wird ganz früh erkannt. In den Frühphasen kapitalistischer Entwicklung forderten Arbeiter in Krisen Nationalwerkstätten (Gayer: 1935; Romasco: 1965; Rosenberg: 1962, S. 75), also Beschäftigungsprogramme. In den USA beseitigte der freie Zugang zu unbegrenztem Ackerland die Gefahr von Marginalität (Turner: 1966). Zuvor hatten die englischen Armengesetze seit dem 17. Jhd. marginale Arbeit soweit subventioniert, dass sie bei niedrigen Reproduktionskosten von kapitalistischen Unternehmern beschäftigt wurde (Elsenhans: 1980).
Marktwirtschaft, ein begrenzter Staat und Entgemeinschaftung von Gesellschaft haben ihre politökonomische Grundlage in einem über den Reproduktionskosten von Arbeit liegenden Grenzprodukt von Arbeit. Die uns bekannten den europäi-

Gayer, Arthur D. (1935): Public Works in Prosperity and Depression. New York

Romasco, Albert U. (1965): The Poverty of Abundance. New York

Rosenberg, Arthur (1962): Demokratie und Sozialismus. Frankfurt/M.

Turner, Frederick J. (1966): „Statement of the Frontier Thesis“. In: Billington, Ray Allen (Hg.): The Frontier Thesis: Valid Interpretation of American History? New York, S. 9ff.

E., H. (1980): „Englisches Poor Law und egalitäre Agrarreform in der Dritten Welt. Einige Aspekte der Theorie, dass Wachstum historisch die Erweiterung des Massenmarktes erforderte und heute die Erweiterung der Massenmarktes erfordert“. In: Verfassung und Recht in Übersee, S. 283ff.

schen kapitalistischen Gesellschaften vorhergehenden europäischen, aber auch die reichen asiatischen Gesellschaften wie China (Chao: 1986, S. 6ff.), sogar Japan (Minami: 1966) waren durch ein Grenzprodukt unter den Grenzkosten von Arbeit, den minimalen Subsistenzausgaben der Haushalte, gekennzeichnet. Ärmere Gesellschaften wie im subsaharischen Afrika konnten auch kein Mehrprodukt erwirtschaften (Randles: 1974, S. 1325; Leach: 1954, S. 223), das als Überschuss für die Herausbildung einer herrschenden Klasse verfügbar gewesen wäre. Wenn ein Anstieg des Grenzprodukts über die Grenzkosten nicht Folge von Demokratisierung und Liberalisierung ist, dann werden bloße institutionelle Veränderungen in den vorkapitalistischen Gesellschaften der Art der neuen (angeblich dritten) Demokratisierungswelle und Übergang zu Marktwirtschaft oberflächlich und formal bleiben, wenn sie nicht von politischen Bewegungen genutzt werden können, die mit den Instrumenten der Mobilisierung, Partizipation und Konkurrenz unter stützendem Einsatz von Instrumenten der Nichtmarktökonomie Marginalität zu überwinden in der Lage sind. Selbstverständlich gibt es unter den Bedingungen eines weltweiten Demonstrationseffekts Möglichkeiten, dass den wirtschaftlichen Restriktionen politisch vorauseilende politische Bewegungen unter Einsatz des politischen Systems Strategien einschlagen, welche die Behinderung des Übergangs zu kapitalistischer Marktwirtschaft in der Form von Marginalität schrittweise und in einem komplexen, m. E. als eklektisch, also Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen nicht planvoll, sondern oft glücklicher Fügung folgend verbindenden Prozess überwinden können. So nahmen in Japan bei Beginn der Industrialisierung die Masseneinkommen zu, weil die Regierung unabsichtlich langjährige Ablösungszahlungen für Landübertragungen an die Bauern nicht vor Inflation schützte (Nakamura: 1966, S. 159; Yamamura: 1971, S. 402; Yasuba: 1986).

Chao 1S. 83

IV. Die Herausforderung des technischen Fortschritts und die gesellschaftliche Bedingtheit der Armutsfalle

Die Überwindung von Marginalität kann nicht allein von technischem Fortschritt erwartet werden. Eine Erhöhung der Produktivität der Arbeit bei der Herstellung von Luxusgütern für die Reichen führt nicht zu einer Anhebung der in der Landwirtschaft zu beschäftigenden Arbeitskräfte, sondern nur zur Herstellung von mehr oder besseren Luxusgütern. Steigt die Produktivität bei der Produktion gewerblicher Produkte für den Massenkonsum, sinken die Kosten von Arbeit auch in der Landwirtschaft. Die Marginalitätsschwelle wird angehoben. Mehr Arbeitskräfte werden in der Landwirtschaft beschäftigt, doch ist dieser Effekt begrenzt. Die Marginalitätsschwelle kann maximal bis zu dem Punkt angehoben werden, bei dem das Grenzprodukt von Arbeit dem zusätzlichen Nahrungsmittelkonsum einer in der Landwirtschaft beschäftigten Familie entspricht. An diesem Punkt würden die landwirtschaftlichen Arbeiter entweder wegen der hohen Produktivität in der gewerblichen Produktion die gewerblichen Produkte umsonst erhalten oder vom Konsum gewerblicher Produkte ausgeschlossen sein. Der Anstieg der Produktivität in der Landwirtschaft kann zwei Ausrichtungen haben, die bei konkreten Neuerungen allerdings in unterschiedlicher Mischung zusammen auftreten. Das Grenzprodukt von Arbeit kann steigen, sodass marginale Arbeit nunmehr produktiv und nachgefragt wird. Der Überschuss an Produktion von

Minami, Ryoshin (1966): „A Model of Economic Development from Classical to Neoclassical Stages". In: Weltwirtschaftliches Archiv, S. 345ff.

Randles, W.G.L. (1974): „La réciprocité en Afrique Bantou". In: Annales E.S.C., S. 1311ff.

Leach, E.R. (1954): Political Systems of Highland Burma. London

Nakamura, James I. (1966): Agricultural Production and the Economic Development of Japan 1873–1922. Princeton

Yamamura, Kozo (1971): „The Increasing Poverty of the Samurai in Tokugawa Japan, 1660-1868". In: Journal of Economic History, S. 378ff.

Yasuba, Yasukichi (1986): „Standard of Living in Japan Before Industrialisation: From What Level Did Japan Begin? A Comment". In: Journal of Economic History, S. 217ff.

schon beschäftigter Arbeit kann steigen, ohne dass das Grenzprodukt steigt, mit der Folge, dass die Möglichkeiten zur Umverteilung, aber auch die Möglichkeiten zur Steigerung des Luxuskonsums zunehmen. Die Hochkulturen der Vergangenheit in den großen Flusstälern Asiens und am Nil waren dadurch gekennzeichnet, dass sie aus hochproduktiven Böden große Überschüsse erwirtschafteten, während das Grenzprodukt durch die schlechte Bodenqualität in angrenzenden Gebieten, so der libyschen Wüste (Ägypten) oder dem Dekkan (südlich von Delhi und Agra), so niedrig blieb, dass Arbeit über Jahrtausende entmachtet werden konnte und dadurch zur materiellen Basis von Hochkulturen (statt Massenkonsum) wurde. Europa galt gegenüber den Hochkulturen Asiens, z. B. China und Nordindien, als arm (Frank: 1998, S. 151ff.).

Technischer Fortschritt in kapitalistischen Gesellschaften zielt auf Verbilligung, also Massenproduktion für Massenkonsum. Er wird in der politischen Publizistik herrschender Klassen einer ästhetisierenden Kritik an Vermassung und Kulturlosigkeit unterzogen (Fords Blechliesel in den 20er Jahren gegenüber dem Cadillac).

Obwohl technischer Fortschritt in kapitalistischen Wirtschaften im Unterschied zu vorkapitalistischen Wirtschaften automatisiert wird, bedroht er sich selbst, weil immer mehr Produkte mit immer weniger Arbeit hergestellt werden, sodass im Ergebnis – Arbeitszeitverkürzung seit der industriellen Revolution auf etwa die Hälfte – die wirtschaftliche Verhandlungsfähigkeit und die politische Partizipation der Masse der Produzenten selbst bedroht wird. Ähnliche Tendenzen gehen vom Versuch aus, nicht nur die Konsumtion als Folge des technischen Fortschritts, sondern die zukünftige materielle Absicherung durch Besitz von Produktionsmitteln oder Eigentumsrechten an anderen, Einkommensströme der Zukunft sichernden Gütern (z. B. Wissen) zu gewährleisten: Weil technischer Fortschritt auf Kostensenkung ausgerichtet ist, ist der Bedarf an Kapitalgütern für kapitalistische Produktion eher begrenzt, nachweislich des seit der industriellen Revolution eher sinkenden im Regelfall aber wenigstens konstant bleibenden Kapitalkoeffizienten, dem Verhältnis zwischen dem Wert der in der Produktion eingesetzten Kapitalgüter und dem Volkseinkommen (Kendrick: 1961, S. 166; Helmstädter: 1969, S. 48ff.; Mayor: 1968, S. 498).

Fortdauernde Marginalität wird durch gesellschaftliche Mechanismen gestützt. Sie beruhen auf Strategien sowohl der Armen als auch der Reichen. Arme Haushalte befinden sich auf einem nach dem Muster einer Lotterie organisierten Arbeitsmarkt. Die Steigerung der Zahl der Lotterielose vergrößert die Chance, dass wenigstens eines der Mitglieder der Familie in ein Beschäftigungsverhältnis kommt, das den übrigen Familienmitgliedern immerhin eine kleine Unterstützung verschaffen kann. Dieses Verhalten findet eine Entsprechung in den Strategien der Überschuss aneignenden Klasse. Weil Massenkonsum begrenzt ist, sind Investitionen begrenzt. In solchen Gesellschaften ist Profit eine untergeordnete, vielleicht nicht einmal existierende Form von Überschuss. Überschüsse werden aufgrund von Eigentumsrechten an Land oder anderen politischen Zugriffsrechten angeeignet (Steuer). Die Durchsetzung politischer Rechte hängt von politischer Macht ab. Jedes Mitglied der herrschenden Klasse versucht, seine Macht durch Gewährung von Schutz an abhängige Klienten zu vergrößern (Protektion). Je mehr Klienten diese Klienten wieder mobilisieren können, desto größer die politische Durchsetzungsfähigkeit des betreffenden „Klans" und seines „adligen" Führers. Um Klienten zu gewinnen, wird auf der untersten Ebene den direkten Produ-

Frank, André Gunder (1998): ReOrient. Berkeley

Kendrick, John W. (1961): Productivity Trends in the United States. Princeton

Helmstädter, Ernst (1969): Der Kapitalkoeffizient. Stuttgart

Mayor, Thomas (1968): „The Decline of the United States Capital-Output Ratio". In: Economic Development and Cultural Change, S. 495ff.

zenten eingeräumt, einen gewissen Teil des landwirtschaftlichen Produkts neben den eigenen Reproduktionskosten für Zwecke der Förderung der Großfamilie zu behalten, die dann der Klientel des betreffenden Klans zugehört.

Die Form der Aneignung des Überschusses, nämlich Rente statt Profit bedeutet, dass politische Macht an die Stelle ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit tritt. Politische Macht äußert sich in Klientelismus und Vertikalität der Sozialbeziehungen. Sie schließt horizontale Organisation von Klasseninteressen weitgehend aus. An Klassenlagen ansetzende politische Bewegungen existieren dauerhaft oft nur als Geheimgesellschaften (Chesneaux: 1972), weil Sozialrebellen in größerer Zahl nicht außerhalb der Gesellschaft überleben können, ohne eine eigene produktive Basis zu schaffen (Hobsbawm: 1959), die dann jederzeit von den Herrschenden angegriffen werden kann. Falls sie nicht scheitern, führen sie entsprechend der Theorie des dynastischen Zyklus zur Etablierung der bisherigen Führungen der Geheimorganisation als neue Dynastie. Wegen Rente und Marginalität gibt sie rasch ihre ursprüngliche armutsorientierte Politik auf und übernimmt die alten Selbstprivilegierungsmuster (Ibn Khaldûn: 1967, S. 600ff.). Weil Rente als Überschuss verfügbar ist, Arbeit aber – weil „überflüssig und zahlreich", also auch nicht knapp – nicht verhandlungsfähig, entwickelt sich kein Markt für standardisierte Produkte, für den zu investieren sich lohnen würde.

Ibn Khaldûn ↗ S. 83

Vertikalität der Sozialbeziehungen in hierarchisch strukturierten Klans erfordert Vergemeinschaftung, um Übereinstimmung im Handeln aller Beteiligten eines solchen Klans zu sichern. Innerhalb des Klans hängen die Schwachen von der Protektion der Starken in der Hierarchie ab. Sie müssen sich diesen Starken zugehörig fühlen. Dazu müssen Werte und Symbole bereitgestellt werden, an denen sich dieses Zugehörigkeitsgefühl orientieren kann. Interesse wird ersetzt durch Symbolik von Macht, die mit dem Instrument der Bildung von Gemeinschaft dauerhaft gemacht wird.

Die Tendenzen, solche Vergemeinschaftung über Information in Richtung auf einen offenen politischen Prozess aufzulösen, werden durch das Kommunikationsverhalten der Eliten in rentendominierten Gesellschaften der Dritten Welt behindert. Übereinstimmend wird berichtet, dass in solchen Gesellschaften Geheimnistuerei wichtig sei (Grindle: 1977, S. 421; Pye: 1985, S. 243; Reda Mezoui: 1986, S. 281ff.). Die Führer der Klans verfolgen das Ziel, das Kosten-Erfolgs-Verhältnis von Strategien zur Maximierung der politischen Macht durch Prestige zu senken. Prestige ist die von anderen geglaubte Fähigkeit, Machtmittel und finanzielle Ressourcen zur Durchsetzung der eigenen Interessen einzusetzen. Alle Informationen über Konflikte und Schwierigkeiten innerhalb einer Gruppierung mindern Prestige. Alle Gruppen innerhalb der Renten aneignenden herrschenden Klasse sind deshalb bestrebt, Information zu begrenzen. Gleichzeitig versuchen sie unablässig, Informationen über andere Gruppierungen in der herrschenden Klasse zu sammeln. Das Gerücht und die Zähigkeit der Zirkulation von Informationen kennzeichnen Kommunikation in rentendominierten Gesellschaften der Vergangenheit, aber auch der Gegenwart, die ich als Staatsklassen der bürokratischen Entwicklungsgesellschaften ausführlich analysiert habe (Elsenhans: 1981, S. 13ff.; Ders.: 1996a, S. 59ff.; Ders.: 1997). Die Wahrung von Prestige wird dabei zum Selbstzweck, wie im Bild der Besorgnis beschrieben, die Asiaten unterstellt wird: Es wird von ihnen gesagt, dass sie unter allen Bedingungen vor allem ihr Gesicht wahren wollen.

Das Verhalten von Bürokratien in Staat und Großindustrie in fortgeschrittenen

Chesneaux, Jean (1972): Popular Movements and Secret Societies in China, 1840–1950. Stanford

Hobsbawm, Eric John (1959): Primitive Rebels. Manchester

Grindle, Merilee Serill (1977): „Power, Expertise and the ‚Técnico': Suggestions from a Mexican Case Study". In: Journal of Politics, S. 399ff.

Pye, Lucian W. (1985): Asian Power and Politics. The Cultural Dimensions of Authority. Cambridge

Reda Mezoui, Mohamed (1986): „La phénomène de la 'rumeur' publique: Un aspect du fonctionnement de la communication sociale". In: Revue algérienne des sciences juridiques, économiques et politiques, S. 272ff.

E.,H. (1981): Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Frankfurt/M.

Ders. (1996a: State, Class and Development. New Delhi

Ders. (1997): „Staatsklassen". In: Schulz, Manfred (Hg.): Entwicklung, die Perspektive der Entwicklungssoziologie. Köln, S. 161ff.

Industrieländern zeigt aber durchaus ähnliche Muster. Wenn die autonome Zivilgesellschaft mit ihrer selbststeuernden Marktwirtschaft durch Vermachtung bedroht ist, entwickeln sich unabhängig vom kulturellen Erbe auch in der bürgerlichen Gesellschaft die Strukturen, die sie zerstören: Renten, weil es Überschüsse gibt, die mit dem Mechanismus vollständigen Wettbewerbs nicht mehr angeeignet werden können, da Absatzmärkte fehlen und deshalb Nettoneuinvestitionen als Quelle von Profit nicht getätigt werden; Machtkonzentration, weil es Ressourcen gibt, die nur durch Begrenzung des wirtschaftlichen Wettbewerbs mit Mitteln der Begrenzung der Märkte, also mit den Mitteln der Politik, angeeignet werden können; behinderte Kommunikation, weil in allen durch Renten dominierten Gesellschaften die Mächtigen zur Abwehr der Gefährdung ihres Prestiges an vollständig freier Information nicht interessiert sind; Vertikalität der Sozialbeziehungen und Entmachung von Arbeit durch Beschränkung der Beschäftigung in der Folge der Begrenzung der Investitionen auf solche Vorhaben, die eine Mindestprofitrate sichern, die keiner der „Kapitalisten" (die ihren Übergang zur Rentiersgesellschaft noch gar nicht wahrnehmen) zu unterschreiten gezwungen ist (Elsenhans: 1999c, S. 132ff.).

Wenn technischer Fortschritt Zugangsbarrieren zu Märkten erhöht, kann er zur Zerstörung autonomer Zivilgesellschaft und selbststeuernder Marktwirtschaft führen. Kapitalistische Marktwirtschaft ist entgegen Max Webers (1864–1920) (Weber: 1934) und in seiner Nachfolge formulierter Modernisierungstheorien (Apter: 1987; Huntington: 1968) nicht Folge von Werten, die Kapitalisten ihrem Verhalten aus frei gewählter ethischer Verantwortung zugrunde legen. Kapitalistische Unternehmer sind nicht an Konkurrenz interessiert, sofern sie für ihre Unternehmen ausreichende Ressourcen für Wachstum und Bezahlung der Kapitaleigner auf andere Weise verdienen können. Weil unter dem Druck expandierender Masseneinkommen bei Vollbeschäftigung aber andere Formen der Aneignung von Überschuss, nämlich Renten, nicht gelingen, müssen sie sich damit zufrieden geben, durch immer währende Innovation Wettbewerbsfähigkeit zu behaupten, wobei sie Ressourcen für neue Investitionsgüter ausgeben, in deren Folge Profit entsteht.

Weil Wettbewerb Folge des Drucks von Seiten von Arbeit in Richtung auf Reduzierung der wirtschaftlichen Überschüsse ist, sind kapitalistische Systeme dauernd von Verrentung bedroht. Die heutige Diskussion über die Stützung der Konjunktur aus Aktiengewinnen zeigt, dass eine solche verrentete Gesellschaft durchaus Konsumsteigerungen, Wachstum und wahrscheinlich auch technischen Fortschritt kennen kann, genauso wie die vorkapitalistischen Gesellschaften, die durchaus schöne und oft weiter verbesserte (Luxus-) Produkte hervorgebracht haben, wie z. B. das Porzellan.

Es gibt eine breite Literatur (heute repräsentativ Zinn: 1999), die in verschiedenen Krisenperioden auf die Gefahr der allmählichen Sättigung aller materiellen Bedürfnisse verwiesen hat. Dadurch wird die hier beschriebene Autonomie von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gefährdet.

Zwei Formen der Reaktion auf eine solche Sättigung der Bedürfnisse sind zu unterscheiden: Arbeitskraft hat auf die Verbesserung der materiellen Versorgung mit dem Kampf um kürzere Arbeitszeiten reagiert. Seit der industriellen Revolution hat sich in den führenden Industrieländern für die Masse der Arbeitskräfte die Arbeitszeit mehr als halbiert. Mit mehr Freizeit ergeben sich neue Konsummöglichkeiten, doch sind die möglichen Steigerungen hier begrenzt, insbesondere

E.,H. (1999c): „Individualistische Strategien der Haushalte zur Zukunftssicherung: Grundlage für den Niedergang des wohlfahrtstaatlichen Kapitalismus". In: Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, S. 114ff.

Weber, Max (1934): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Tübingen (Erstausgabe 1905)

Apter, David E. (1987): Rethinking Development. Newbury Park

Huntington, Samuel P. (1968): Political Order in Changing Societies. New Haven

Zinn, Karl Georg (1999): „Massenarbeitslosigkeit und Massenwohlstand. Das Janusgesicht unseres Kapitalismus zum Jahrhundertende und die Optionen der Beschäftigungspolitik". In: APuZ, B14/15, S. 3ff.- 13.

weil mit immer geringeren Arbeitszeiten die Rolle von Arbeit als Instrument der gesellschaftlichen Strukturierung, also der kooperativen Autonomie von Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft an Wirkungskraft abnimmt.
Mit der Verbesserung der materiellen Güterversorgung entwickeln die Arbeitskräfte auch eine stärkere Präferenz für die Sicherung der Zukunft. Das Sparen der Haushalte ist seit dem Zweiten Weltkrieg in vielen OECD-Ländern deutlich angestiegen. Wegen Konsumzurückhaltung erhalten die Produzenten der Konsumgüterbranche nicht alle Lohneinkommen als Nachfrage für ihre Produkte. Damit sie ihre Produkte mit Gewinn verkaufen können, muss der Anteil der Investitionsgüterproduktion an der Gesamtproduktion ansteigen. Ohne wachsende Nachfrage wird bei eher konstantem Kapitalkoeffizienten aber der Anteil der Investitionsgüterproduktion an der Gesamtproduktion nicht steigen. Gerade weil Kapitalismus durch Konkurrenz bei der Nutzung teurer Investitionsgüter effizient ist, lässt sich die Nachfragelücke, die durch Sparen entsteht, nicht durch vermehrte Investitionsausgaben abdecken. Die Folge ist Arbeitslosigkeit. Arbeit verliert ihre Verhandlungsmacht. Das Grenzprodukt von Arbeit mag physisch weiterhin steigen, doch sinkt sein Preisausdruck mangels Verkäuflichkeit, sodass der technische Fortschritt am Ende wieder zu einer der Marginalitätssituation vergleichbaren Schwächung der Masse der Arbeitskräfte führen wird.
Die entscheidende Implikation dieses Befundes lautet: Das Bedürfnis der besitzlosen Haushalte nach sozialer Sicherheit kann nicht über Eigentum befriedigt werden, weil der Bedarf an als Eigentum von Privaten besessenen Produktionsmitteln im Kapitalismus wegen der Effizienz dieses Wirtschaftssystems begrenzt ist. Dies bedeutet nicht das Ende der bürgerlichen demokratischen und marktwirtschaftlichen Struktur, aber eine neue Einbettung des Politischen.
Seit Karl Marx (1818–1883) gibt es eine optimistische Sichtweise dieser Endlichkeit der Steigerung der Befriedigung materieller Bedürfnisse in der Vorstellung des von Arbeit befreiten Individuums, das in Assoziation entsprechend seinen Neigungen „produziert", d. h. sich selbst realisiert (Marx: 1953, S. 359ff.). Die Entwicklung der „Spaßgesellschaft" in den am weitesten bei der Reduzierung von Arbeitszeit fortgeschrittenen Industrieländern legt aber den Schluss nahe, dass eine solche Befreiung der Menschen durch Befreiung von Arbeit nur eine der denkbaren Varianten ist, weil sie sich als politische Wesen weiterhin in Strukturen einfügen wollen und dabei selbst über das Freizeitverhalten neue Hierarchien erfinden.

V. Globalisierung als Entbettung von Marktwirtschaft und autonomer Zivilgesellschaft: Eine neue Dimension des Politischen?

Die Tendenz zur Relativierung der bisher Gesellschaft strukturierenden Arbeits- und Produktionssphäre wird verstärkt durch die Fragmentierung der in der Arbeits- und Produktionssphäre bisher entscheidenden horizontalen Interessenlagen durch die seit den 70er Jahren (Schwellenländer) neu auftretende Wettbewerbsfähigkeit von Entwicklungsländern auf den Weltmärkten für industrielle Produkte mit hoher Preis- und Einkommenselastizität der Nachfrage. Die neuen Tendenzen zur Reduzierung des Volumens und der Bedeutung von Arbeit für die Konstitution von gesellschaftlichem Zusammenhalt sowie die Bedrohung der Arbeitsplätze in den fortgeschrittenen Industrieländern durch Exporte aus Ländern mit

Marx, Karl (1953): „Die deutsche Ideologie.". In: Ders. (Hg.): Die Frühschriften. Stuttgart (Erstausgabe 1845–46)

niedrigen Arbeitskosten führen zu einer Entbettung von Kapitalismus aus der von Polanyi (:1944, S. 104f.) beschriebenen Einbettung (Elsenhans: 2000b, S. 81ff.).
In Literatur und Publizistik (Afheldt: 1996; Hübner/Bley: 1996) gibt es überzogene Erwartungen und Ängste im Zusammenhang mit diesem Wiederaufleben von Internationalisierung der Wirtschaft, wie sie vor 1913 insbesondere auf den Finanzmärkten in viel größerem Maße bestanden hat (Theurl: 1999, S. 26; Bairoch: 1996; Bergelijk/Mensink: 1997, S. 166; Gosh: 1995, S. 126), weil es zu jener Zeit keine Wechselkursschwankungen nennenswerten Umfanges gab (Goldstandard, Walter: 1993). Diese Ängste haben zwei Grundlagen: den Verlust eines sozialkritischen Projektes bei einem politökonomisch eindimensional ausgebildeten sozialwissenschaftlichen Establishment und die Konkurrenzfähigkeit der aufholenden armen Länder nicht mehr bei Rohstoffen mit geringer Preiselastizität der Nachfrage, sondern bei industriellen Produkten. Die Wiedereinbettung des Politischen in Wirtschaft und autonome Zivilgesellschaft kann deshalb nicht in einer Begrenzung, sondern muss in einer Vertiefung von Globalisierung bestehen, die durch die „Einbettung“ der Entwicklungsländer erreicht wird, denen der Übergang zum Kapitalismus mit kooperativer Autonomie der Teilsysteme noch nicht gelungen ist.

Walter, Andrew (1993): World Power and World Money. New York

Die wirklich neue Beschleunigung der Überwindung von Raum und Zeit in der Kommunikation hat für das hier vorgestellte Modell kooperativer Autonomie von Politik, selbststeuernder Marktwirtschaft und autonomer Zivilgesellschaft eine allenfalls untergeordnete Bedeutung. Der Grad interkultureller Interpenetration, den das Internet schafft (→ i. E. § 27), wurde bisher nicht mit dem Grad interkultureller Interpenetration verglichen, den Kolonisation und Wanderungsbewegungen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jhd.s erzeugten. Auf der Ebene der „Face-to-Face“-Kommunikation, die für interkulturelles Lernen besonders wichtig ist, hat die rigorose Abschottung der nationalen Arbeitsmärkte in der heutigen Zeit, insbesondere der rassistischen Abschottung in vielen westlichen Industrieländern gegen Einwanderer aus den armen Ländern des Südens zu einer im Verhältnis zum Beginn des 20. Jhd.s deutlich geringeren Mobilität von Arbeit und damit Globalität gesellschaftlicher Interaktion geführt (Nayyar: 1996; Foreman-Peck: 1992; Strikwerda: 1999).
Im Übrigen hat niemand bisher zeigen können, dass journalistische Berichte über fremde Länder durch ihre Aktualität die Verzerrtheit der Wahrnehmung korrigieren können. Wer sich noch die Mühe macht, Marx' Beiträge für die damalige Tagespresse zu lesen (z. B. Marx: 1972), die er aus Telegraphennachrichten schöpfte, ist über die sehr viel geringere analytische Genauigkeit heutiger Presseerzeugnisse bestürzt. Vielleicht besteht die Auswirkung von Globalisierung der Kommunikation vor allem in der Zerstörung der Möglichkeiten zu Information durch massiven Transport interessengeleiteter Fehlinterpretationen und Missverständnisse (→ i.E. § 27).
Im Zusammenhang mit der intensivierten Standortkonkurrenz durch zunehmende Wettbewerbsfähigkeit so genannter Niedriglohnländer wird die These aufgestellt, dass die Einbettung des Politischen in den westlichen Industrieländern durch Machtverlust von Arbeit (Abbau des Wohlfahrtsstaats, notwendige Lohnsenkungen zur Gewinnung von Wettbewerbsfähigkeit) bedroht ist. Internationale Spezialisierung und Wettbewerbsfähigkeit beruhen aber auf komparativen Kostenvorteilen, nicht auf absoluten Kostenvorteilen.
Das Gesetz der Spezialisierung aufgrund komparativer Kostenvorteile Ricardos

Polanyi, Karl (1944): The Great Transformation. New York

E.,H. (2000b): „Einbettende Strukturen oder steigende Masseneinkommen als Ursache von Wachstum durch Marktwirtschaft“. In: Czada, Roland / Lütz, Susanne (Hg.): Die politische Konstitution von Märkten. Opladen, S. 73ff.

Afheldt, Horst (1996): Wohlstand für niemand?. München

Hübner, Kurt / *Bley,* Andreas (1996): Lohnstückkosten und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Marburg

Theurl, Theresia (1999): „Globalisierung als Selektionsprozeß ordnungspolitischer Paradigmen“. In: Berg, Hartmut (Hg.): Globalisierung der Wirtschaft. Berlin, S. 23ff.

Bairoch, Paul (1996): „Globalization, Myths and Realities: One Century of External Trade and Foreign Investment“. In: Boyer, Robert / Drache, Daniel (Hg.): States Against Markets. London, S. 173ff.

Bergeijk, Peter A. G. van / *Mensink,* Nico W. (1997): „Measuring Globalization“. In: Journal of World Trade, S. 159ff.

Gosh, Atish R. (1995): „International Capital Mobility Amongst the Major Industrialized Countries: Too Little Or Too Much“. In: Economic Journal, S. 107ff.

Marx, K. (1972): „Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien“. In: Marx-Engels-Werkausgabe. Berlin, Bd. 9., S. 220ff. (Erstausgabe 1853)

Nayyar, Depak (1996): „Globalisation: The Past is our Present“. In: Indian Economic Journal, S. 1ff.

Foreman-Peck, James (1992): „A Political Economy of International Migration, 1815–1914“. In: Manchester School of Economic and Social Studies, S. 359ff.

Strikwerda, Carl (1999): „Tides of Migration Currents of History: The State, Economy and the Transatlantic Movement of Labour in the Ninetheenth and Twenthieth Centuries“. In: International Review of Social History, S. 367ff.

(1772–1823) besagt, dass eine Wirtschaft, die allen übrigen in der Produktivität bei der Herstellung aller Güter überlegen ist, dennoch ein Interesse an Außenhandel hat, sofern ihr Vorsprung nicht bei allen Produkten gleich hoch ist (Ricardo: 1951, S. 135ff.). Eine Wirtschaft, die bei allen Produkten in der Produktivität zurückliegt, wird deshalb auch Güter exportieren können, weil sie spiegelbildlich bei einigen Produkten weniger weit gegenüber den führenden Wirtschaften zurückliegt. Damit sie exportieren kann, müssen ihre Produkte billiger sein als die entsprechenden Produkte aus Wirtschaften, die auch diese Produkte produktiver herstellen. Dies ist nur möglich, wenn die internationalen Kosten der Produktionsfaktoren (z. B. Arbeit und Land) des rückständigen Landes billiger sind als die des technisch führenden Landes. Komparative Kostenvorteile werden durch Anpassung des Preisniveaus, und eben nicht allein der Exportpreise, in verschiedenen Währungsgebieten in preisliche Wettbewerbsfähigkeit verwandelt. Das bei allen Gütern technisch zurückliegende Land verliert in einer Weltwirtschaft mit Goldwährung so lange Währungsmetall, bis seine Preise (auch die Preise der nicht handelbaren Güter) durch die Verminderung der Geldmenge so weit gesunken sind, dass dieses Land wenigstens bei einigen Produkten international wettbewerbsfähig ist – nämlich bei den Produkten, bei denen es vergleichsweise (also komparativ) am wenigsten weit zurück liegt. Die Anpassungskosten sind in Buchgeldsystemen, die wir heute haben, viel geringer: Die Wechselkurse verändern sich auf den Weltdevisenmärkten (im Übrigen stündlich).

Wirtschaften mit hohen Wechselkursen und hohen Leistungsbilanzüberschüssen können keine zu hohen Reallöhne haben. Niedrigere Löhne würden nur noch zu höheren Leistungsbilanzüberschüssen führen, mit der Folge von Aufwertung (Elsenhans: 1996, S. 26ff.; Krugman: 1994). Das Argument, dass in Deutschland die Reallöhne zu hoch seien, liest sich damit völlig anders: Ein Teil der deutschen Wirtschaft ist so hoch wettbewerbsfähig, dass der Außenwert der deutschen Währung wegen deutscher Leistungsbilanzüberschüsse und (zu) geringer Kapitalabflüsse einen Stand erreicht hat, bei dem ein anderer für die Beschäftigung in Deutschland wichtiger Teil der Wirtschaft international nicht mehr wettbewerbsfähig ist (und durch die Sparpolitik der Regierung und die Einkommenskompressionspolitik der Unternehmer auch keine ausreichenden Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt hat).

Der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit durch hohe Produktivität eines (zu kleinen) Teils der Exportwirtschaft ist in der Theorie der so genannten „niederländischen Krankheit", nämlich Niedergang der verarbeitenden Industrie wegen hoher Exporterlöse aus einem Rohstoffsektor, ausführlich behandelt worden (Parvin/Dezhlaakhsh: 1988; Enders: 1984; Ansari: 1989) und war ein wesentlicher Grund für die Deindustrialisierung (Dutt: 1992; Bagchi: 1976) der bei Rohstoffen hoch wettbewerbsfähigen Kolonien im 19. Jhd., trug wesentlich zum Scheitern der Industrialisierungsansätze im Süden nach dem Konzept des Ressourcentransfers (Modernisierungstheorie, Importsubstitutionsindustrialisierung) der frühen Entwicklungspolitiken (Younger: 1992; Auty: 1994) bei und war zuletzt auch Hindernis für die industrielle Entwicklung in den Ölländern (Seers: 1964; Scherr: 1989), denen ein massiver Ressourcentransfer nach den Ölpreissteigerungen der 70er Jahre durchaus gelungen war.

Diese niederländische Krankheit befällt heute Industrieländer mit hohen Produktivitätsvorsprüngen bei preisunelastischen hochtechnologischen Produkten (Investitionsgütern), insbesondere wenn ein Teil ihrer Wirtschaftspartner durch hohe

Ricardo, David (1951): On the Principles of Political Economy and Taxation. Cambridge (Erstausgabe 1817)

E., H. (1996): „Gegen das Gespenst der Globalisierung". In: Fricke, Werner (Hg.):Jahrbuch Arbeit und Technik. Bonn, S. 25ff.

Krugman, Paul (1994): „Competitiveness. A Dangerous Obsession". In: Foreign Affairs, S. 28ff.

Parvin, Manoucher / *Dezhlaakhsh,* Hashem (1988): „Trade, Technology Transfer, and Hyper-Dutch Disease in OPEC: Theory and Evidence". In: International Journal of Middle East Studies, S. 469ff.

Enders, Klaus (1984): „The Dutch Disease or Problems of a Sectoral Boom". In: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, S. 1ff.

Ansari, Mohammed (1989): „The Dutch Disease: The Canadian Evidence". In: Weltwirtschaftliches Archiv, S. 804ff.

Dutt (1992): „The Origins of Uneven Development: The Indian Subcontinent". In: American Economic Review, S. 145 [Dutt, Amitava Krishna]

Bagchi, Amiya Kumar (1976): „De-industrialization in India in the Nineteenth Century: Some Theoretical Implications". In: Journal of Development Studies, S. 135ff.

Younger, Stephen D. (1992): „Aid and the Dutch Disease: Macroeconomic Management When Everybody Loves You". In: World Development, S. 1587ff.

Auty, Richard M. (1994): „Industrial Policy Reform in Six Large Newly Industrializing Countries: The Resource Curse Thesis". In: World Development, S. 11ff.

Seers, Dudley (1964): The Mechanism of an Open Petroleum Economy. New Haven

Scherr, Sara J. (1989): „Agriculture in an Export Boom Economy: A Comparative Analysis of Policy and Performance in Indonesia, Mexico and Nigeria". In: World Development, S. 543ff.

Importe solcher Investitionsgüter zur Aktivierung der Leistungsbilanz dieser Industrieländer beiträgt, die eigenen Exporterfolge der aufholenden Länder aber nur auf der Grundlage massiver Abwertung der eigenen Währungen erreicht wird.
Die Exporterfolge der Schwellenländer beruhen auf Abwertung. Empirisch wird dies dadurch belegt, dass die Kaufkraftparität der Währungen bis um den Faktor 10 höher als der Wechselkurs liegt. Während nach dem Weltentwicklungsbericht der Weltbank (World Bank: 2000, S. 274) das Volkseinkommen der OECD-Länder in Kaufkraftparität und zu laufenden Wechselkursen nahezu gleich ist, ist das chinesische Bruttosozialprodukt zu Kaufkraftparität mehr als viermal so groß als zum geltenden Wechselkurs. Keine der seit 1945 bei technischem Fortschritt aufholenden Wirtschaften, auch nicht Westdeutschland und Japan, haben auf Abwertung als Instrument zur Transformation komparativer Kostenvorteile in preisliche Wettbewerbsfähigkeit verzichten können. Sie hatten alle vorübergehend stark unterbewertete Währungen.
Bei abwertungsgetriebenem exportbasiertem Wachstum kommt es zu einer von den Regeln des internationalen Handels nicht verbotenen Subvention der Exporte insbesondere in noch sehr armen Wirtschaften mit hohem Nahrungsmittelanteil am Verbrauch. Ein unterentwickeltes Land mit noch niedrigen Reallöhnen (hoher Anteil der Nahrungsmittel am Verbrauch der Haushalte) kann zum Zweck der Steigerung der Beschäftigung im Exportsektor so lange abwerten, wie die eigene Landwirtschaft einen Überschuss an Nahrungsmitteln produziert, aus dem zusätzliche Exportarbeiter auch dann ernährt werden können, wenn die auf sie entfallenden Erlöse aus dem Export der von ihnen produzierten Produkte so klein sind, dass man daraus auf dem Weltmarkt die für ihr Überleben notwendigen Subsistenzgüter nicht kaufen könnte. Die Landwirtschaft produziert hier einen Überschuss, aus dem die Familien zusätzlicher Exportarbeiter versorgt werden.
Die „Grüne Revolution", d. h. die Steigerung der Erträge durch neues Saatgut, Pestizide und Dünger in den Reislandwirtschaften Ost- und Südostasiens, erlaubt heute die Transformation komparativer Kostenvorteile, die vielleicht schon seit Beginn der industriellen Revolution, mindestens seit der Wettbewerbsfähigkeit der indischen Textilindustrie (80er Jahre des 19. Jhd.s) bestanden, nunmehr auf dem Wege der Abwertung in preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verwandeln.
Zur Abwertung sind die Schwellenländer deshalb in der Lage, weil ihre Lohngütersektoren billig Lohngüter für die Exportarbeiter liefern, nicht weil ihre Exportarbeiter weniger Lohngüter konsumieren. Die Reallöhne mögen dabei durchaus hoch sein. Arbeiter in den Hochlohnländern können deshalb durch Absenkung ihrer Reallöhne nicht notwendigerweise mit Arbeitern in den Niedrigkostenländern wettbewerbsfähig werden. Im Übrigen würden weitere Versuche der Schaffung von Beschäftigung durch Exportüberschüsse in den führenden Ländern regelmäßig durch weitere Aufwertungen kompensiert (Chen/Gordon/ Zhiming: 1994; Lafay: 1996; Yotopoulos/Lin: 1993, S. 11; World Bank: 2000, S. 274).
Auf die neue Herausforderung von Marginalisierung nunmehr auch in den fortgeschrittenen Industrieländern durch de facto subventionierende Lohngüter in den Schwellenländern reagieren die führenden Industrieländer mit Industriepolitik. Sie dient dem Versuch, komparative Kostenvorteile in geschützten Branchen zu gewinnen, bei denen dumpf, weil ohne genauere Analyse, vermutet wird, dass Entwicklungsländer nie wettbewerbsfähig werden können. Die Entwicklungsländer haben diesen Mechanismus erkannt und versuchen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbreitern, indem sie neben dem Instrument der Abwertung die Integration

World Bank (2000): World Development Report 2000/2001: Attacking Poverty. Cambridge

Chen, Haichun / *Gordon,* M.J. / *Yan,* Zhiming (1994): „The Real Income and Consumption of an Urban Chinese Family". In: Journal of Development Studies, S. 201ff.

Yotopoulos, Pan A. / *Lin,* Jenu-Yih (1993): „Purchasing Power Parities for Taiwan: The Basic Data for 1985 and International Comparisons". In: Journal of Economic Development, S. 7ff.

Lafay, Gérard (1996): „Les origines internationales du chômage européen". In: Revue d'économie politique, S. 943ff.

ihrer hoch wettbewerbsfähigen Exportindustrien in die heimische Wirtschaft industriepolitisch dadurch unterstützen, dass sie in vermehrtem Maße Ausrüstungsgüter und Vorprodukte für die Exportbranchen auch dann lokal fertigen, wenn die Preise zunächst hoch sind. Dies erklärt den hohen Grad von Staatsinterventionismus in den ostasiatischen erfolgreichen Schwellenländern (Elsenhans: 1999d).
Industriepolitische Strategien können in unterschiedlichem Maße den Marktmechanismus nutzen. Es gab eine Zeit (1980er Jahre), in der das größte deutsche Industrieunternehmen, Daimler-Benz, zum High-Tech-Unternehmen durch Luftfahrtproduktion werden wollte und dabei das Wachstum des High-Tech-Bereichs aus hohen Gewinnen bei der Fahrzeugproduktion subventionierte. Ähnlich hat Südkorea den Aufbau einer eigenen Textilmaschinenproduktion dadurch gestützt, dass es den Textilmaschinenimport verbot, die auf dem Weltmarkt hoch wettbewerbsfähigen Textilexporteure zwang, lokale Maschinen zu kaufen, d. h. letztlich die lokalen Textilexporteure zu Agenten technischer Innovation in Kooperation mit kleinen noch unerfahrenen Textilmaschinenproduzenten machte (Mytelka: 1986). Hier liegt der Anfang des Wachstums der südkoreanischen Maschinenindustrie. Genauso können aber solche Renten aus hochproduktiven Sektoren mit administrativen Mitteln in die Subventionierung industrieller Diversifizierung kanalisiert werden.
So lange es Wirtschaften gibt, die mit dem Instrument der Abwertung, ergänzt durch industriepolitische Stützung ihrer Exportproduktionen, Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, ohne Vollbeschäftigung zu erreichen, besteht die permanente Gefahr, dass weltweit die Produktivität steigt, ohne dass die Kosumtionskapazität zunimmt, weil die Möglichkeiten zur Steigerung der Reallöhne in den führenden Industrieländern durch Wegfall von Arbeitsplätzen und damit Arbeitslosigkeit begrenzt sind und ohne Erreichung von Vollbeschäftigung in den aufholenden Ländern dort selbst in den durch hohes Produktivitätswachstum gekennzeichneten Branchen die Reallöhne nicht steigen müssen.
Die zu beherrschende Herausforderung von Globalisierung besteht demnach nicht in ihrer Verhinderung oder Regulierung, sondern in ihrer Vertiefung, um das Ziel zu erreichen, auch in den aufholenden Ländern kapitalistische Marktwirtschaft mit autonomer Zivilgesellschaft in Gang zu bringen. Unter dieser Voraussetzung würde sich die Globalisierung etwa nach dem Muster vollziehen, das vor 1913 zu beobachten war und das ich als Konvoi-Modell bezeichne (Elsenhans: 2001, S. 64ff.). Es ist um den Preis einer begrenzten Reformbereitschaft auch heute möglich und vollzieht sich derzeit unter unseren Augen, nämlich in Südkorea und Taiwan. Beide Länder sind keine „Niedriglohnländer" mehr (Strack/Helmscholdt /Schönherr: 1997) und gehen den Weg des Aufbaus autonomer Zivilgesellschaften.
Diese Länder haben durch Agrarreformen die marginale Arbeit auf den kleinen Farmbetrieben internalisiert. Bei noch niedriger Produktivität und geringen Farmgrößen mussten die Bauernfamilien auch jene Arbeit verrichten, die zusätzlich nur wenig zum Produktionsergebnis beitrug (und die bei anderen Eigentumsverhältnissen als marginal, weniger produzierend als kostend, gar nicht geleistet worden wäre). Dadurch gab es eine Untergrenze für Arbeitskosten und einen zunächst noch geringen, aber doch für die industrielle Entwicklung wichtigen Massenverbrauch einfacher Konsumgüter. Gestützt auf die Versorgung der Masse der Bevölkerung aus der eigenen Landwirtschaft, werteten beide Länder massiv ab und gewannen ab den 60er Jahren bei einfachen Industrieprodukten internatio-

E.,H. (1999d): „Rent and Technology Distortion: The Two Cul-de-Sac of State Correction and Market Orientation in IAC and IBC". In: Journal of the Third World Spectrum, S. 33ff.

E.,H. et al. (2001): Das Internationale System zwischen Zivilgesellschaft und Rente. Münster

Mytelka, Lynn Krieger (1986): „The Transfer of Technology: Myth or Reality?". In: Cosgrove, Carol / Jamar, J. (Hg.): The European Community's Development Policy: The Strategies Ahead. Brügge, S. 243ff.

Strack, D. / Helmscholdt, H. / Schönherr, S. (1997): „Internationale Einkommensvergleiche auf der Basis von Kaufkraftparitäten: Das Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern verringert sich". In: IFO-Schnelldienst, S. 8ff.

nale Wettbewerbsfähigkeit, die sie dann mit industriepolitischen Mitteln auch auf andere Produkte ausdehnten.
Es gibt eine ganze Reihe von entwicklungspolitischen Strategien, mit denen eine ähnliche Begrenzung von Marginalität erreicht werden kann. Dazu gehören auch die Nichtregierungsorganisationen, die zwar behaupten, dass sie wirtschaftliche Projekte durchführen, im Regelfall aber vor allem Ressourcen an die Armen kanalisieren und dabei deren Selbstbewusstsein stärken (Elsenhans: 1995, S. 149ff.). Die exportorientierte Industrialisierung ist selbst ein wichtiges Instrument zur Beseitigung von Marginalität, weil sie die Subventionierung sonst marginaler Arbeitskräfte aus der lokalen Lohngüterproduktion erlaubt, wodurch Arbeitskräfte gesicherte Zugriffsrechte auf den lokalen Überschuss an Lohngütern erhalten.

VI. Perspektiven

Aus der hier aufgezeigten Möglichkeit einer reformorientierten Vertiefung von Globalisierung ist nicht zu schließen, dass das Umfeld für Politik in Gesellschaft und Wirtschaft in der Zukunft nicht durch tiefgreifende Brüche bedroht sein könnte. Ob die reformistische Vertiefung von Globalisierung gelingen kann, dürfte zumindest zweifelhaft sein.
Der Typ der begrenzten Regierung, in der kooperative Autonomie der Teilsysteme, also freie kapitalistische Marktwirtschaft und autonome Zivilgesellschaft möglich werden, beruht auf begrenzten Aufgaben des Politischen und damit einem begrenzten Staat. Freiheit wird hier möglich, weil die interessengeleiteten Akteure in ihrer Mehrheit bei selbstsüchtigem und oft äußerst kurzfristigem Handeln nur solche Ziele verfolgen, die das System kooperativer Autonomien nicht sprengen, langfristige Ziele hingegen so unbedeutend sind, dass sie im Rahmen allgemeiner Programme in Anreize für kurzfristiges Handeln der Akteure verwandelt werden können.
Die bürgerliche Demokratie bedarf der Philosophenkönige Platons nicht, weil sie nicht nur in der Wirtschaft, sondern – wenigstens bei tendenzieller Vollbeschäftigung und Wachstum des Kapitalstocks zu konstanten Preisen – auch in der Gesellschaft von einer „invisible hand" geleitet wird, die materielle Ziele der Verbesserung der Versorgung soweit befriedigt und in den Vordergrund der Zielsetzungen der Individuen stellt, dass diese andere Ziele insoweit als „sekundär" betrachten, dass sie diese anderen Ziele nicht über die Politik oder die Gesellschaft, sondern nur in der Privatheit von Gemeinschaft und Konsumverhalten verfolgen.
Sättigungstendenzen, wie sie in der Diskussion der Zukunft des reifen Kapitalismus diskutiert werden, müssen diese Form der Einbettung zerstören, weil sie die Verhandlungsmacht der dann nicht mehr knappen Arbeit beschränken, die auf andere Mechanismen ihrer Durchsetzungsfähigkeit setzen muss und dabei sehr wohl nicht nur in der heutigen Dritten Welt (fundamentalistische „Gefahr"), sondern auch in den heute demokratischen fortgeschrittenen Industrieländern zur Ressource aggressiv gegen andere gewendeter Identitätsbildung greifen kann. Ebenso werden die Eigentümer von Kapitalgütern bei einer Beschränkung der Akkumulationsmöglichkeiten aufgrund von Sättigungstendenzen nach neuen Möglichkeiten suchen, zukünftige Einkommensströme sichernde Eigentumstitel

zu erwerben, die bei Beschränkung der Absatzmärkte für kapitalistisch produzierte Güter nur im Bereich des Politischen liegen können. In einem solchen Szenario wird dann die Ausdifferenzierung von Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft in kooperativ autonome Systeme nicht mehr möglich sein.
Welche anderen Möglichkeiten der Koordination von Freiheit, Arbeitsteilung und kollektiven Strukturen dann möglich werden, kann die Wissenschaft nicht vorhersagen.

E., H. (1995): „Marginality, Rent and Non-Governmental Organizations". In: Indian Journal of Public Administration, S. 139ff.